

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 6/8, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 3.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühre für 6/10.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsbearbeitet durch den Verleger Otto Wilmanns, Neue Hauptstr. 6/8, Posen. Der Verleger ist für die Abnahme der Exemplare nicht verantwortlich.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 179.

Dienstag, den 2. August 1904.

15. Jahrgang

## Auer.

Von Max Schippel in den „Soz. Monatsheften“.

Inser Nazi! Wie haben ihn nun bereits manchen Monat im Parteileben entbehren müssen!

Doch wir hören, seit geraumer Zeit schon und von den verschiedensten Seiten, daß ihm, dessen Nervenkraft mit den herblich fallenden Blättern plötzlich sich zu erschöpfen schien, die alte geistige Frische zurückkehrte, daß er zwar der Ruhe und des Schutzes vor politischem Kampf und Streit nach wie vor bedürfte — und wer wollte ihm diese Ruhe nicht gönnen? —, daß jedoch kein Anlaß mehr sei zu Besprechungen, wie sie in der bängigen Zwischenzeit mancher von uns innerlich nicht gern wiederzuerleben vermochte. Was ihm Glück bezaubert sein.

„Ach ein seltsames, seltenes Menschenjoch hat der Mann erfahren, der so lange, wie keiner vor ihm, die wichtigste Stelle in der deutschen Arbeiterpartei bekleidete: in der Partei, die heute in Deutschland die meisten Anhänger zählt! Gegenwärtig einer der namhaftesten Führer von weit über 3 Millionen Wählern — und dieser selbe Mann stand noch mit an der beschiedenen Wiege dieser umfassendsten politischen Organisation Deutschlands! Er selber war zu jener Zeit nicht, als ein blutjunger, armer Sattlergesell, einer aus dem großen namenlosen Volk, dem die Satten und Herrschenden kaum die kümmerlichsten Bildungsbroden der (damaligen) bayerischen Volksschule mit auf den Lebensweg gegeben hatten, der für sein Emporkommen ausschließlich angewiesen war auf seinen eigenen Fleiß und Fortbildungsbeifer und auf seine eigene Begabung. Das war Ignaz Auer, als es auch ihn, wie so viele seinesgleichen, in den Strudel der ersten Arbeiterbewegung hineinzog. In Passau, in dessen Nähe er, auf dem Lande, 1846 geboren war, soll er schon Ende der sechziger Jahre bis zum Vorsitzenden eines Arbeitervereins gebracht haben, eines jener zunächst liberal-demokratischen Vereine, die „überall wie die Pilze nach einem warmen Sommerregen aus dem Boden sprossen. Wie so viele andere gelangte Auer allmählich zu immer ausgeprägteren sozialistischen Anschauungen. In München und Augsburg wirkte er zwischen 1869 und 1871 bereits als öffentlicher Redner. Bald fährt ihn die Wandererschaft nach Norddeutschland, bis ihm 1872 in Berlin die entscheidende Schicksalsstunde schlägt. Er wird Mitglied der Eisenacher, und von da beginnt auch seine Laufbahn als Parteiführer — eine Laufbahn, wie sie in Glück und Unglück, in Erfolgen und Enttäuschungen, aber zuletzt doch immer wieder in unablässigen Aufwärts- und Vorwärtstribungen nur weniger beschieden war. Tag für Tag und Jahr für Jahr, in Tageslicht und mächtigem Dunkel, in stillerem Entfalten, wie in Sturm und Wetterschein ist dieser blonde, hochgewachsene Sproß des bayerischen Waldes mit der deutschen Arbeiterbewegung selber groß geworden, größer, als manch einer, der den Blick der breiten Öffentlichkeit viel mehr auf sich lenkte. Jede Stufe der geistigen Entwicklung der Partei hat der ehemalige körperliche Handwerkergehilfe miterlebt — wirklich innerlich erlebt und als eigene persönliche Entwicklungsstufe mit durchgemacht; jedes Steigen der großen sozialistischen Flut hob auch sein Lebensschifflein. Über Nehmen und Geben verhielt sich hier zu einer unlosbaren Schicksals-Gemeinsamkeit: wo im Laufe der Jahrzehnte an das alte, unheimlich düstere Heim der Partei Erweiterungsarbeiten sich ansetzten, da trägt auch irgend ein Grund- und

Erstein die Spuren von Auer's Hand. Kaum jemandes Leben war seit mehr denn 30 Jahren, in dieser Art mit der Parteigeschichte verflochten. War es ein Wunder, daß zuletzt von allen Seiten die Fäden der eigentlichen Parteioberleitung und Organisationsbetätigung in seiner Hand mehr, als in jeder anderen, zusammenliefen?

Dennoch wußten es hauptsächlich nur engere Kreise, was Ignaz Auer ihnen und der Sozialdemokratie war. Nach außen hin, vor allem auf der Schaubühne des Reichstages, ist er schon seit Jahren mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Aber an den Vorbereitungen zu einem bedeutenden Parlamentarier hat es ihm wahrlich nicht gefehlt. Es gab sogar in der deutschen Volksvertretung wenige, die als Redner eine so tiefe Wirkung erzielten, die als Debatter so viel Leben wecken konnten, die stets so allseitige Beachtung fanden. In den achtziger Jahren, bei den ersten und wichtigsten Arbeiterschulungskursen, bei den heißen und erbitterten Kämpfen um das Sozialistengesetz und dessen Handhabung begegnete man dem Auer recht häufig als eigentlichem Fraktionführer. In den neunziger Jahren hat er bei den Verlegh-Vorlesungen und beim Umsturzgesetz nochmals eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet, zum Teil jedoch schon mehr in der Stille der Ausschüsse, als im Plenum — in der Wahlprüfungskommission übte er gleichfalls bis vor ein paar Jahren einen nicht zu unterschätzenden Einfluß aus. Wer sich aus eigener Anschauung seines rednerischen Eingreifens erinnert: beim Posenarbeiterstreife, beim Umsturzgesetz, bei der Kritik von beherrschenden Liebergriffe, in Sachsin, bei Wahlen — der wird auf das Lebhafteste bedauern, daß Auer immer seltener derartige Proben seines glänzenden parlamentarischen Könnens ablegte. Die störende Belastung mit anderen, vom parlamentarischen Gebiet weitabliegenden Arbeiten, die zunehmend fühlbare Nervenabspannung, die lähmende Müdigkeit, die er so selten ganz abzuschnüdeln vermochte, dazu eine — bei Volksrednern und Volksvertretern nicht häufige — hochentwickelte Selbstkritik, ein Bestreben, entweder das Beste oder lieber gar nichts zu geben, und daneben immer wieder ein gewisses Mißtrauen gegen die eigene Kraft und Leistungsfähigkeit, endlich eine hochgefeuerte Objektivität, was den sachlichen Standpunkt und den persönlichen Wert des politischen Gegners anlangt — das alles, in Verbindung mit einer leidigen, wachsenden Gehörschwäche, brachte Auer schließlich dazu, sich bei parlamentarischen Redelimmerzen und Schaustellungen mit einer bescheidenen Rolle zu begnügen.

Um so vielseitiger und tiefer war sein Einfluß als Parteisekretär. Es ist gewiß richtig, daß Parteibewegungen nicht gemacht und Parteien nicht regiert werden; wer an der Spitze den bloßen obersten Befehlshaber herausstreifen wollte, würde sehr bald angepföht haben, an der Spitze zu stehen. Aber andererseits bildet, gerade bei uns, eine Parteileitung so oft das Bindeglied an der Wage, sie unterhält so viele Verbindungen mit Organisationen, literarischen und journalistischen Unternehmungen und maßgebenden Persönlichkeiten an allen Orten, ihr Rat wird so oft eingeholt, ihre Rasse so oft in Anspruch genommen, daß sich der stillen und ruhigen, aber zähen und zielbewußten Tätigkeit eines in Parteileben erfahrenen, die Personen und Verhältnisse klar überblickenden geistig überlegenen Mannes ein reiches, ein schier unbegrenztes und unabsehbares Feld der Wirksamkeit eröffnet — wenig sichtbar nach außen hin, oft im Warmen und Verhindern bedeutsamer, als im Anregen und Selbstschaffen, aber sicherlich von

eminentestem Werte für den Fortgang und die Richtung einer Bewegung, die noch so sehr im Gären und Werden ist und die erst allmählich festere und dauernde Formen angenommen hat und weiter annimmt. Gewiß, auch Auer war im Parteivorstand und im Parteibureau nur ein Mitglied eines mehrköpfigen, unter Umständen sogar recht vielköpfigen Kollegiums. Aber die beiden anderen Vertreter des Parteibureaus, Pfannkuch und Geißig, standen ihm, wenn ich nicht irre, in ihren Anschauungen stets sehr nahe; und das tagtäglich die eigentlichen Geschäfte abwickelnde und führende Bureau wird unter solchen Umständen selbstverständlich zum festen Rückgrat des ganzen Vorstandes. So stand Auer an einer zentralen Stelle, die kein zweiter so wie er auszufüllen vermocht hätte. Eine seltene Fähigkeit zur Menschenbeurteilung, eine in Jahrzehnten erworbene außerordentliche Kenntnis der Personen und Strömungen in der Partei, ein harter Sinn für das Wirkliche und Erreichbare und eine ebenso starke Abneigung gegen alles Scheinwesen und Blendwerk von Phrasen und Illusionen bildete den Grundstock seines Einflusses. Wesentlich zu Hilfe kam ihm im Umgang mit oft recht schwer zu behandelnden Elementen eine starke Beimischung von Pässigkeit — halb Brauerei-Schlauheit, halb Wanderbarberschlagheit — dazu ein prächtiger Humor, gewöhnlich weniger verlesen, als entschuldigend, überhaupt eine verd-vollstümliche Auer, die er selbst als Staatsmann und Diplomat stets behalten hat. Daß er nicht immer mit der Tür ins Haus fallen konnte, daß eine Sache oft nur in vielseitigen Anläufen und auf Umwegen vorwärts zu bringen war, hat ihn allerdings auch dem Vorwurf der Falschheit ausgelegt — durchaus mit Unrecht. Schon das tiefe, echte Empfinden, das in ernstlichen Situationen stets an ihm zu beobachten war und das mitunter erschütternden Ausdruck fand, widerlegt einen solchen Vorwurf. Meines Erachtens hätte Auer sogar vieles in seinem Leben leichter tragen können, wenn ihn nicht immer zugleich so starke Gefühlis- und Gemütsbeziehungen mit seiner Wirksamkeit verknüpft hätten.

Und auch seine Gegner — selbst in ruhigen, geschweige denn in Konfliktzeiten schafft jeder Einfluß Gegner — werden zugestehen müssen, daß Auer kein wichtiges Amt stets nach seinem besten Wissen und Können ausgeübt hat, daß ihm die Sache jederzeit höher stand, als die Befriedigung persönlicher Eitelkeit und Rechthaberei oder gar der Beifall von eiteln Kosterien und kleinlichen Reichhabern.

Es liegt in der Tat viel von einem geborenen politischen Führer: in dem self-made-Mann: viel von der Fähigkeit, unregelmäßige Meinungsrichtungen auszugleichen und zu überleben, Reibungsflächen und Empfindlichkeiten bei auftauchenden Streitfällen zu vermindern und die im wesentlichen gleichstrebenden Elemente immer wieder zu einer großen gemeinsamen Aktion zusammenzubringen. Zeit seines Lebens hat Auer wohl nichts von dem widerlichen, zerrüttenden Selbstereizt an sich gehabt, dem der Streit, ob Gottvater und Gottsohn gleich ewig waren, oder ob der eine nicht doch etwas später kommen mußte, wichtiger dünkte, als alle realen Fortschritte des Christentums als Kulturbewegung. Aber seine Kenntnis der Massen und der Parteigeschichte hat Auer andererseits gelehrt, mit welcher Erbitterung gerade Kämpfe um alte liebgewordene Formeln und Symbole angefochten werden, und vor allem, wie verheerend Streitigkeiten gerade bei uns wirken — in ganz anderem Maße, als bei anderen Parteien. Er war daher fast immer bei

## Vox populi.

Roman von Konrad Tilmann.

19] Aber nun stieß er auf einen Trupp junger Referendare und Advokaten, die eben von der Jüdenstraße hereinbogen und nun mußte er erleben, daß von diesen allen, die er zum guten Teil kannte, nur einer kurz und kühl ihn grüßte, während die anderen, die sich vorher durch Blinde verständigt hatten — Siegmars hatte das ganz deutlich gesehen, — ihn den Gruß verweigerten. Einer sah ihn sogar herausfordernd von oben bis unten an, als er an ihm vorüberschritt. Und dann hörte er sie in seinem Rücken aufgeregt durcheinandersprechen. Er verstand nicht, was sie sagten, aber er hörte leiser Namen, und er mußte ja, was sie von ihm reden würden. Daß man einen solchen Geizling nicht grüßen dürfe, daß er für sie alle nicht mehr existiere, daß er den ganzen Stand kompromittiert habe und so fort. Er glaubte es zu hören — Wort für Wort.

Und er biß die Zähne zusammen und ging weiter. Was hätte er auch tun sollen? Sich diesen jungen, schreienden Herren, die alle den Referendare in Miene und Haltung zur Schau trugen, in den Weg stellen und ihnen zurufen: „Ihr irt Euch! Es ist eine Lüge, daß sich Ulrich Wahler nun meinetwegen erschossen hat! Wer würde es ihm denn glauben? Und wenn sie ihn fragen würden, ob er denn nicht Ulrich Wahler's Herausforderung abgelehnt habe, hätte er es nicht angeben müssen und würde das nicht hingereicht haben, um das Verdammungsurteil dieser Herren über ihn aufrecht zu erhalten? Also nur unbekümmert vorwärts!

Siegmars war froh, als er seine Wohnung wieder erreicht hatte. Wie ein gebotenes Bild kam er sich allmählich vor. Und es quälte ihn selber, daß in ihm der Arroganz und das Mißtrauen gegen alle Welt zu wachsen begannen. Wahrscheinlich nahmen ja doch viele für ihn Partei, nur daß er es eben nicht wußte, daß sie es ihm nicht sagten. Manche würden es auch niemals wagen, es auszusprechen, weil sie wußten, daß sie damit der herrschenden Ansicht ins Gesicht schlagen müßten und daß das immer gefährlich und schadenbringend ist. Und kein würde ja das Hänlein der Getreuen, die ihm Recht gaben und die an ihn glaubten, sicherlich nur sein. Fremde? Ganz Weißberg dürfte er so nennen. Sonst aber — Nun, einem ehrlichen Manneswort würden alle Untertanen ja doch wohl noch trauen, auch wenn sie seine Freunde nicht waren.

Als Siegmars sein Zimmer betrat, fand er Leo Bollner darin vor. Er sah mit dem Rücken gegen Siegmars's Schreibtisch, im Korbfessel, noch im Hebergieher mit Pelztragen, neben ihm der Cylinder an der Erde. Zwischen seinen behandschuhten Fingern hielt er ein eisernenbeiniges Skalmeffer, das er vom Schreibtisch genommen hatte

und nun in nervösem Spiel hin- und herbewegte. Ihm gegenüber in einem altertümlichen Lehnsstuhl, dem Prachtstück des engen, einfachen Raumes, ruhte Esther. Ihre zusammengekrümpfte, übergarnte Gestalt verankert fast in dem breiten, mächtigen Möbel. Sie hatte die feinen, schneeweißen Kinderhände übereinander gefaltet und die Stirn darauf niedergelehnt; man sah so nur die Ueberreste schwarzer Haare, die diesem kleinen Kopf zu schwer zu werden schienen, und die langen, seidenen Wimpern, unter denen die Augen verschwanden.

Siegmars war nicht frohdig berührt durch dies Zusammensein; er hätte es Esther am liebsten ganz erparnt. Auch war Leo der Letzte, mit dem er über seine eigenen Schicksale sich hätte ansprechen mögen. Ihn feindselig flog sein Blick zu ihm hinüber. Dann, als Esther ihren Kopf aufhob und ihm mit ihrem milchigen Lächeln die Hand entgegenstreckte, sah er sofort, daß sie alles über ihn selbst wußte, daß Leo rüchichtslos mit ihr davon geredet hatte. In diesen Augen las er wie in einem Buche. Ein heißer Born stieg in ihm auf, aber er bezwang sich. „Du bist erzagt“, sagte er nur beizagt und sah dann Leo vorwurfsvoll an.

Dieser zuckte die Achseln. „Ich konnte nicht ahnen, daß Du Deine Schwester im Dunkeln über so wichtige Dinge in Deinem Leben lassen wolltest, mein Lieber. Bei Euren engen Zusammenleben — und auf die Dauer war es ja auch doch nicht durchzuführen gewesen. Ich sprach sie darauf an, wie auf etwas, das ihr selbstverständlich durchaus in allen Punkten vertraut sein mußte. Ich behauere das, da es gegen Deinen Wunsch geschah, begreife den aber, wie gesagt, nicht. Uebrigens kann ich Dich als Arzt darüber beruhigen, daß die Aufregung Esther nicht ernstlich schaden wird. Diese Nervosität wird spurlos wieder vorübergehen. Sie hat mit ihrem Grundleiden nichts zu tun.“

Das lang alles hart und kalt. Die Stimme iat Siegmars förmlich weh, obgleich er auf die einzelnen Worte kaum hörte. Er forschte nur ängstlich in Esther's Gesicht, die ihm befragend aber die Hand hintrieb und nur sagte: „Still, still, Sieg! Es ist nichts zu sorgen, er hat recht. Und höchstens soll ich ja böse oder traurig sein, daß Du mich so wie ein Kind behandelst hast, denn man nichts Ernstes anvertrauen kann, wenn ich nicht ge-an wüßte, warum Du's getan. Und jetzt geh ich und laß Dich allein, um noch einen Augenblick zu ruhen, eh ich Dich zu Tisch erwarte. Leo kann leider nicht bleiben, er hat eine Verabredung. Aber er kommt bald einmal à la fortune du pot, er hat's versprochen. Adieu, Leo! Auf Wiedersehen also!“

Sie hatte Leo die Hand gereicht und nahm nun doch Siegmars Arm an, den sie anfänglich abgelehnt hatte, weil sie beim Aufsehen ihre Schwäche erst fühlen mochte. Lächelnd ließ sie sich von ihm in ihr Zimmer hinführen.

Als Siegmars zurückkam, war Leo aufgestanden. Er stand am Fenster und schaute sich die Gegend zu betrachten. Sein Gesicht, wie er sich nun umwarbte, war kalt, seine schwarzen, etwas schlief lingen-

den Augen blickten finster. Wie hinter Esther her sagte er: „Ein interessanter Fall. Ausgesprochene Muskelatrophie. Ich habe ein allem Anschein nach doch recht erhebliches Allgemeinbefinden, wie hier, sonst noch zu beobachten. Eine gewisse Energie mag freilich bei Esther auch wohl mit im Spiele sein. Gewöhnlich tritt Ausgehung bei der Sache ein. Sonst wüßte ich der Prognose, der unter Umständen sehr langsam verlaufen kann, eines Tages auf's Herz und führt das Ende herbei. Vorher sind da diese abwechselnden Lähmungserscheinungen in den völlig zusammengekrümpften Extremitäten, — eine der peinlichsten Zustände der Krankheit. Bisher schienen die hier noch ganz zu fehlen, trotzdem doch schon —“

Er brach ab; weil Siegmars eine hastig-unnütige Bewegung gemacht hatte. Daß er vorher schon unter diesen fahlen, kalten Worten, wie ein Vermundeter zusammengequackt war, hatte Leo gar nicht bemerkt. Der „Fall“ beschäftigte ihn einfach und er setzte bei Siegmars voraus, daß er sich belehren zu lassen wünsche. Nun suchte er gleichmütig mit den Achseln, schlug sich mit dem Kopf, das er noch immer in der rechten Hand hielt, auf die Innenfläche des linken und sagte dabei, ohne Siegmars anzusehen: „Du hast Die ja da was Nettes eingerichtet. Offen gestanden: Diesen Grad von Tölpelhaftigkeit hält ich Dir nicht zugebraut.“

Siegmars wollte aufstehen, bezwang sich aber, warf sich in einen Stuhl und sagte mit kalter Ruhe: „Ich glaube kaum, daß wir uns über die Sache würden verständigen können, lieber Leo. Abgesehen davon, daß diese Zeitungsnotizen zum Teil Unwahres behaupten —“ „So? Nun, warum zwingst Du sie dann nicht zum Demut?“ „Es lang etwas wie höhniischer Ungedanke in dieser Frage. Weil ich keine Beweise hätte. Und übrigens, ich sehe der Geschichte sehr ruhig ins Auge. Ich weiß mich unschuldig. Ich lade über das allgemeine Verdammungsurteil. Ich schere mich den Teufel um diese Achterklärung der „guten“ Gesellschaft. Das ist alles, was ich Dir darüber zu sagen habe.“

„Sieh! Sieh!“ Leo hatte aufgeblickt und ließ ein kurzes, ironisches Lächeln hören. „Also Menschenrechtsverächter mit obligater, philo-ophischer Ergebenheit! Von der Seite kommt ich Dich noch gar nicht. Sehr gut! Sehr schön! Nur daß Du dann gerade der großen Herde keine Opposition machen müßtest, das würde sie dann ja gar nicht weh sein. Du hast also unlogisch gefandelt, mein Vetter, — das doch zum mindesten. Und das ist's gerade, was sich im Leben am schwersten bestraft. Man schlägt keine Duelle aus, wenn man dem Menschen gegenüber auf dem Standpunkt des „je m'en fiche“ steht, denn dann nähme man ihren Ansturm ja ernst. Der wechre Philosoph macht ihn lachend mit. Und diese Duellverweigerung wüßte Du ja wohl wenigstens zuzugestehen, auf die doch alles im Grunde ankommt. Du hast die Krügen ja selbst erzählt.“

„Du schmeißt mit diesem Herrn ja sehr vertraut zu sein“, meinte Siegmars lächelnd hier

(Fortsetzung folgt.)

Friedenswahrer und deshalb häufig für Kampfhähne unbenutzbar — der Beschäftigungshof, wie man gepöppelt hat. Doch auch dafür wird die Partei im Dank stehen, wenn nicht immer gleich morgen schon, dann später in ruhigeren Zeiten — oder auch später, wenn man durch Schwaben Flug geworden ist. Seit seiner Mitwirkung an der Einigung zwischen Eisenachern und Lassalleern zieht sich diese vermittelnde, verständigende Tätigkeit wie ein roter Faden durch Kars Lebenslauf, und sie ist wahrlich nicht die schlechteste Seite seines Lebenslaufes.

Nach vor einem zweiten hat er die deutsche Arbeiterbewegung, fast mit mütterlicher Sorge, stets zu bewahren gesucht: vor der Niederlage eines rechtlichen Ausnahmezustandes, ähnlich dem unter dem Sozialistengesetz. Er hat, wie wenige, alle Bitternisse jener Zeit selbst ausgekostet. Niemand hat unter den Angehörigen und den ihrer Existenz Beraubten so viele Freunde und Bekannte gezählt, wie er. Niemand hat die Desorganisation jedes normalen Parteilebens, die gelähmte Demoralisation unter der Polizei- und Spigelgerichtsbarkeit, die jahrelange Unterbrechung der gesunden geistigen Fortentwicklung der ganzen Arbeiterklassenpolitik klarer gesehen und schmerzlicher empfunden, als er. Die Schanzmänner auf beiden Seiten, nach oben, aber auch nach unten, hatten dabei keinen innermächtigeren Widersacher, als ihn. Naturgemäß ist auch diese Seite seines Wirkens in der jüngsten Zeit mehr und mehr zurückgetreten: doch auch sie gehört notwendig zum Bilde des Mannes.

Weiter mußte die Partei schon seit Jahren mit einer wenig reifen Gesundheit Kars rechnen. Ein schlimmer Unfall schien jedesmal im letzten Augenblick die völlige Genesung zu vereiteln. Aber die Partei hat nicht zu viele solcher Männer. Sie kann den einen schwerer fassen, als irgend einen anderen, emblemen. Und darum, denken wir, wird er bald wieder mitten unter uns leben: als lebensvolles Bindeglied zwischen Gewordenem und Werdenem, als alleiniger geistiger Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, als unter aller Freund und Berater — unter Nazi.

## Japan und Russland.

General Keller getötet.

Die russische Telegraphen-Agentur meldet vom Kriegsschauplatz, daß General Keller am Abend des 31. Juli durch eine Granate getötet wurde. Damit ist einer der russischen Heerführer auf dem Schlachtfelde geblieben.

### Größere Kämpfe zwischen Tschitschiao und Baitschöng.

Die Generalin Kurobassins dem Kaiser meldet, haben die drei japanischen Armeen am 31. Juli den Vormarsch auf die Südküste erneuert. Die russischen Artilleriebrigaden verteidigten sich hartnäckig, bis der Gegner bedeutend überlegene Streitkräfte vor sich sah, und zog sich dann allmählich in der Richtung auf Baitschöng zurück. Auf der Dschilong begann am Morgen desselben Tages der Vormarsch der Japaner gegen die Stellung bei Tawon.

Eine ausführliche Meldung des Generals Kurobassins besagt:

Auf der Südküste ging unsere linke Vorhut nach vorrückendem Kampfe bei Samtschjo auf Baitschöng zurück. Gegen die russischen Truppen unter dem General Kurobassins, haben wir es nicht an Artilleriegeschossen gespart. Bei Samtschöng wurde der Kampf eingestellt. Am 31. Juli, Abends 8 Uhr, beobachteten die Russen eine Stellungnahme. Meldungen über die Vorgänge auf dem japanischen rechten Flügel sind noch nicht eingegangen. Die russische Nachrichtenagentur hat ebenfalls keine Stellungnahme abgegeben. Im Jankowasch übte General Keller, der Führer dieser Vorhut, die am meisten dem Feinde ausgesetzte Position als Beobachtungsposten, und wurde durch Granaten von russischen Geschützen getötet. General Keller ist nach der Meinung der Russen ein sehr tüchtiger Offizier. Seine Truppen haben die Japaner aufeinander große Feindschaft eingeblasen. Die Berichte von dem Kampfe am 31. Juli sind noch nicht überliefert. Die russischen Truppen behaupten ihre Stellungen.

Die Japaner sind nach Sibirien zu werden zahlreiche japanische Truppen unter Befehl mehrerer Generäle gelandet.

### Anzug aus Port Arthur.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Port Arthur, daß er vom Leitermann des Reichsanwaltes der Provinz, Major Verhagen, am 21. Juli zwei große russische Kanonen von 9 000 Tonnen unter dem Schutze des Meeres in Begleitung eines Torpedobootschießers Port Arthur. Sie kamen mit Hilfe von Dampfmaschinen an Bord. Japanische Torpedobootschießer vom Meeres-Geschwader erwiderten die Schiffe, als der Nebel sich zerlegte. Die Kanonen bildeten die weiße Flagge. Beide Kanonen und ein russischer Torpedobootschießer wurden nach der japanischen Flottenbasis gebracht. — Es scheint immer häufiger zu werden in der belagerten Stadt.

### Der beste Bericht

vom Kriegsschauplatz ist jetzt eingetroffen. Der Berliner „Sozial-Anzeiger“ — wer sonst — empfängt ihn aus Petersburg. Wir wollen ihn ja auch unseren Lesern nicht vorenthalten:

Nach einer Meldung aus Sinjang schickten die russischen Soldaten vor Wint auf die Japaner. Sie werden sofort nicht mehr geschickter, warum sie ihrem Charakter nach nicht geschont sind. Sie hatten es für unmöglich, belang zu werden. Wenn es nicht endlich auf die Japaner geht. Diese Frage hören die Offiziere auf Schritt und Tritt. Keine französische Kombination, kein Hinweis auf die Übermacht der Japaner scheint ihnen einleuchtend. Die Ereignisse sind für militärischen Geist zu sehr angeordnet. Der russische Soldat fühlt sich durch die angebliche Lage außerordentlich beleidigt.

Vielleicht hilft ein Witz!

### Die hungrigen russischen Soldaten.

In der „Süden“ lesen wir:

Überhaupt ist die Wirklichkeit der Futtermangel auf dem Kriegsschauplatz eine derartige, daß für die künftigen Bemerkungen in den Soldaten steht. Das ergibt sich schon daraus, daß sogar Kaschoten, die in die gefüllten russische Pforten hineingelangen, nachdem sie durch das leichte Glas der militärischen und politischen Berater hindurch gegangen sind, alle Begierde übergeben. Offenbar sind die Soldaten überhaupt dem Hunger preisgegeben. So ist in dem Orte „Schatzland“ („Schanghaa Rosnja“), der Ort eines Soldaten vorwärts, der am der Schlacht am Jahu beteiligt war. Der Beschießer hat an, daß, während der Schlacht und acht Tage nach derselben dieselben bis zum Tode gelitten haben. Es stellte der Brot wurde ihnen nicht gegeben, das die einen mit Wasser demontiert, die anderen sogar ohne Wasser waren. Es wäre interessant zu erfahren, ob während dieser Schlacht die eine fröhliche Kameradschaft forderte, und die Generale mit Offizieren sich mit Wohl näherten. Und was nach anderen die Janten? Wie viel ist von ihr hermit getrieben — auf Kosten der Soldaten. Wie in dem Tod leben?

Die Zeitung, die den Brief veröffentlicht, dem wir was obige Sitat entnehmen haben, sagt hinzu, es sei auch ohne die Angaben des Briefschreibers klar, daß die Knappheit groß war, und beauftragt sich dabei mit der Teuerung der Lebensmittel auf dem Kriegsschauplatz. Aber müssen denn die Soldaten, die von der Regierung an die Schlachtbühnen geliefert werden, sich noch auf eigene Kosten ernähren?

Uebrigens gesteht die Regierung offen, daß, nachdem sie dem Holte Hunderte von Millionen Rubel für die Armeen abdrückt, sie nicht einmal im Stande ist, die Soldaten mit Schwarzbrod und Soldatenmenschen zu ernähren. Und die von dem heuchlerischen Munde der Regierung in der reaktionären Presse in allen Tonarten glorifizierten „Geld“ sind gewiss, zu betteln, um nicht zu verhungern. Denn was ist es anderes, als das offizielle Geständnis der Notwendigkeit, die Soldaten „im Namen des Varmbrägers“ zu ernähren, wenn wir in den „Rufstücken Nachrichten“ („Ruskaia Wiedomosti“) Nr. 163 die Erklärung des Oberpräsidenten des „Rotes Kreuzes“ lesen, es habe sich herausgestellt, daß es notwendig sei, nicht nur für Kranke, Verwundete und das medizinische Personal, sondern auch zur Verproviantierung von Tausenden in Provinz vorwärts zu halten und zu verabschieden. Dasselbe „Oberpräsidenten“ erzählt übereinstimmend mit dem „Wort der Torpedobote“, daß, während der Schlacht am Jahu und bei Wolongkan das „Rote Kreuz“ gezwungen war, nicht nur Tee, Zucker, Tabak u. a., sondern auch Brot unter die Soldaten zu verteilen! Jetzt tritt das „Rote Kreuz“ gar dazu heran, „Ernährungsstationen“ für drei Regimenter zu errichten, und bietet die „Rothkrieger“ um die Ernährung aller wädelichen Soldaten, darunter Soldatenmenschen! Das ist ja auch ein Paar das Bild einer „Rettungsaktion“ in einem hungersenden Dorf.

### Kleinere Nachrichten.

Brigadier Friedrich Leopold ist zur Entsendung in das russische, Prinz Karl Anton von Kobenzl zur Entsendung in das japanische Hauptquartier ernannt worden.

Die Kreuzer der baltischen Freiwilligenflotte „Don“, „Ural“ und zwei Torpedobote passierten Frederikshavn. Bei Slagen lieferten die Torpedobote um und gingen mit je zwei Vorkosten aus Frederikshavn nach Dronning, während die Kreuzer weitergingen.

In Tokio ist man dem „Berl. Volksanzeiger“ zufolge sehr um den deutschen Dampfer „Thea“ besorgt, der schon seit einer Woche überfällig ist.

Die Chinesen. Die „N. W.“ bringt auf Grund der Erhebungen des Kommandanten Naja, der seit dem Jahre 1900 als Ober des russischen Konsulats in der Mandschurei ist, alarmierende Nachrichten über gefährdende Rückzüge der Chinesen in der Mandschurei. In aller Stille ist zahlreiches Artilleriematerial, weiß Kremlischer Proviant, nach Sinning in der Mandschurei gebracht worden. General Naja befindet sich mit 50,000 Mann bereits in Minkow, der Rest seiner Truppen ist in der Mandschurei an der mongolischen Grenze verteilt.

Französische Ernten. Russland — so bekannt das Pariser Blatt — habe sich an die deutsche Regierung mit der Anfrage gewendet, wie sich Deutschland verhalten würde, wenn in den russischen Westprovinzen polnische oder andere revolutionäre Erhebungen entstehen würden, da diese Provinzen infolge des Krieges von Militär entblüht werden müßten. Die deutsche Regierung habe, nachdem der Reichskanzler mit dem Kriegsminister eine Unterredung gehabt habe, besonders für den Fall revolutionärer Bewegung der russischen Provinzen Erklärungen gegeben, die hier befriedigt hätten.

Einer russischen Abteilung von 5000 Mann soll, wie dem „Sozial-Anz.“ aus London berichtet wird, nach einer aus der Richtung von Prag am 26. Juli beim Anrücken der Japaner der Rückzug verweigert worden sein, ehe sie das Korps des Generals Schaberg erreicht. Sie mußte bei Potan von Chus zurückgeworfen sein und sich hier verschanzen haben. Die Abtheilung wird als verloren angegeben.

### Politik für Heberhöhl.

Samstagung des Reichstages? Es wird die und da der Vorschlag gemacht, des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages wegen den Reichstag mitten im Sommer einzuberufen. In diesem Gedanken demotisch das offizielle Organ der nationalliberalen Partei:

Wir wissen nicht, ob der Senat des Reichstages an einer entsprechenden Stelle zu stehen hat, während es aber bezeugen. Die Verantwortlichkeit der mit der Vorberathung des ersten Abschnittes verbundenen Aufgabe der Regierung ist, wie wir meinen, ausreißend genug im Vordergrund gekommen worden, um es nicht als ein bloßes Geschäft zu betrachten zu können, auch diesen Seiten ein Blick auf die Stellung zu werfen. Wäre es nicht ein, eine solche Verantwortung über die Verantwortlichen, die sich an die Disziplin der russischen Handelspolitik halten müßten, konnte nach dem in der Zeit für uns aufzustellenden Sachverhalte über weitere Handelsbeziehungen zwischen Russland als bindend werden. Die Handelsbeziehungen stehen in einem unvordenklichen Zusammenhang mit der Frage, wie der Handel zwischen dem Reich und dem Ausland ist das weniger anzunehmen.

Die Gefahr vor den Russen ist es also auch hier wieder, die unsere Gegner von einem ihnen sonst notwendig erscheinenden Schritt zurückhält. Darin liegt allerdings das Ruhebedürfnis der Minister und Schreiber.

Arbeiter als Schöffen! Die rindige Kritik der sozialdemokratischen Presse an der heutigen Nachsprechen zwingt sie und da schon einige Ergebnisse:

In Sachsen hat man sich seit Jahren mit Arbeiter als Schöffen in Rühland. Jetzt war es der Groß-Quadratische Generalversammlungen, der hier veranlaßt. Er wurde bei dem Amtmann in Sachsen ein Schöffengericht mit dem Namen einer Anzahl von Wählern ein, aus der dann das Amtmann die Anzahl an und die Rühland mit ein Ausschickung brachte. Bis zu dem Jahre 1903 im Lande in der Provinz von Generalversammlungen und Schöffen. In diesem Jahre wurde das Rathenow Generalversammlungstheile an Schöffengericht mit 200 Mann ein, während es nicht ein jeder Gruppe ein Mitglied ansetzt. Die beiden Schöffengerichte kamen nämlich etwa vier bis fünfmal dazu, die Rühland anzugehen. Sie erboten für die nächsten Jahre von dem Generalversammlungen der Generalversammlung ein Ausschickung. Die Ausschickung besteht sich aus drei.

Weniger als je einen Mann konnte man allerdings nicht nehmen, immerhin — ein starker Ruf nach dem reichen Tage bleibt es.

Der jährliche, tüchtige, brave, liebe, unübertreffliche Mirbach. Zum Schutze des Freiern von Mirbach veranlaßt die Kernleitung des Evangelischen kirchlichen Hilfsvereins mit seinen Zweigvereinen und des Evangelischen kirchlichen Wandvereins in der hiesigen Abtheilung eine Erklärung, in der es unter anderem heißt:

Als sein Wirken immer nur vor der Öffentlichkeit als brennender Jansen vor sich zeigte, daß er in der Provinz im großen und kleinen als Ehrenmann geschätzt hat und daß ihm für seine von den eblischen Besonderen geleitete, sorgsamste, den Formen und Gebrauchen im Volk demotisch Tätigkeit dankbare Anerkennung der evangelischen Kirche und des ganzen Landes gelehrt. Die Arbeit an ihm anzuwenden Liebestätigkeit hat durch seine Bemühungen befördert werden, bei denen der Freiern von Mirbach in hervorragender Weise beteiligt hat. Die Evangelischen für seine Bemühungen sind nicht

vollständig bekannt und sind daher von uns nicht zu vertreten. Aber wir können als berufene Jansen dafür eintreten, daß in den nächsten Jahren unserer Arbeitsgemeinschaft uns kein tatsächlicher Anhalt für das Urteil vor Augen getreten ist, daß den zahlreichen, unsere Besten durch ihn zugewandten Gaben ein Mal anhaftete, insbesondere daß dieselben teilweise durch Zufall von Auszeichnungen erlangt worden seien.

Weiter wünscht die Erklärung, daß die noch nicht klar-gestellten Fragen gerichtlich oder amtlich sichergestellt werden, und spricht schließlich den Wunsch und die Hoffnung aus, daß der hochverdiente Freiherr von Mirbach seiner Liebestätigkeit noch lange erhalten bleibe. — Wir wünschen auch.

Neuen Jörn entfachen die christlichen Arbeiter gegen sich. Sie können es den Patrioten nun einmal nicht recht machen. Der bekannte nationalliberale Pastor Liebler aus Leipzig hatte kürzlich die evangelischen Arbeitervereine ermahnt, politisch neutral zu sein und nicht ohne weiteres für die bürgerlichen Parteien Wahldienste zu leisten. Zu dieser Aufforderung nimmt Pastor Kruspe-Dresden, der Herausgeber des Organs für den Landesverband evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen, in folgender Weise Stellung:

Wenn damit gesagt sein sollte, daß die evangelischen Arbeitervereine als Arbeitervereine ganz selbstverständlich für den Sozialdemokraten eintreten sollten, so sei dies durchaus abzuweisen. Umgekehrt aber sei es sehr wohl denkbar, daß ein evangelischer Arbeiterverein, wenn es sich in der Stimmwahl um einen christlich-gesinnten Sozialdemokraten, wie etwa Göhre, und um einen anerkannten Bodenschächer oder Wahrscheinlich handelt, für den ersteren eintrete. Wenn auch die Mitgliedschaft der Mitglieder von einer gefühlsmäßigen Aneignung gegen die Sozialdemokratie in die evangelischen Vereine getrieben würden, eine Befämpfung der sozialdemokratischen Partei liegt nicht notwendig im Wesen der Vereine. Fallschlüß hätten freilich viele Vereine, so lange noch kein soziales Leben in ihnen war, von dem Gegenlage gegen die Sozialdemokratie gelebt. Je mehr aber die Vereine zu selbständiger sozialer Betätigung übergingen — und dahin geht jetzt ihre Entwicklung — desto mehr würden sie sich das Bekenntnis des Frankfurter Arbeiterkongresses zu eigen machen: Wir sind nicht Sozialdemokraten, aber wir sind auch nicht antisozialdemokratisch — mit der Sozialdemokratie mögen sich andere Leute herumschlagen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt den evangelischen Arbeitervereinen in Aussicht, daß sie bei solcher Politik bald „die Sympathien aller verständigen Leute verlieren würden.“ — Hoffentlich kommt noch beßer.

Wieder zurückgebracht. Wie man weiß, war die Polizei in Ostpreußen noch in den letzten Wochen eifrig an der Arbeit, um Material für einen neuen Kuffenprozeß zu sammeln. In Tilsit hat sie beim Genossen Daiz die Kassensbücher des sozialdemokratischen Vereins und bei Genossen Mertius — dem zu drei Monaten verurteilten „Geheimhändler“ — drei Kisten mit russischen Schriften beschlagnahmt. Das Königsberger Urteil scheint aber wie ein Keil auf alle polizeilichen Frühlingshoffnungen gefallen zu sein. Am Freitag hat man nämlich die drei Kisten mit Inhalt in jungfräulicher Unberührtheit dem Genossen Mertius wieder ins Haus gebracht. Der einzige Erfolg der Affäre war also, daß der Dienemann für Hin- und Rücktransport einen Taler verdient hat. Und wir fürchten, der grüne „Beschwörer“ Mertius wird die drei Kisten oder wenigstens ihren Inhalt doch noch ins Paradies hinüberschaffen, denn daß er's vor den deutschen Behörden geheim hält, kann jetzt wohl kaum noch behauptet werden, und weiter ist selbst nach dem Königsberger Gericht in Deutschland nichts verboten.

Die Reform des Strafprozesses. Nachdem die Reichsjustizkommission, wie die Kommission von Sachverständigen für die Vorberathung von Fragen der Reform des Strafprozesses genannt wird, die erste Lösung der ihr zur Begutachtung und Beratung übermittelten Fragen erledigt hat, liegt eine Summe von sachverständigen Urteilen vor, die weder ihrem Umfange noch ihrem Inhalte nach unbeträchtlich ist. Es ist nicht ganz verzeihlich, die Annahme aufgestellt, die Ergebnisse der ersten Lösung der Reichsjustizkommission würden jetzt den Einzelregierungen zur Kenntnisnahme und Prüfung unterbreitet. Das ist, wie die „Natl. Kor.“ hervorhebt, nicht richtig. Die Sachverständigenkommission ist ein Informationsapparat für das Reichsjustizamt. Erst wenn die Ergebnisse der zweiten Lösung der Sachverständigenkommission vorliegen und ihre Verwendung in einem vorläufigen Entwurf zur Reform des Strafprozesses gefunden haben, wird auch den Einzelregierungen die eingehende Kenntnisnahme der Sachverhalte erpart bleiben, die von den Sachverständigen abgegeben wurden. Die Reichsjustizkommission wird zur zweiten Lösung der sachverständigen Fragen im Oktober zusammenberufen. Es wird mit der Möglichkeit eines Abschlusses ihrer Arbeit im nächsten Frühjahre bestimmt gerechnet.

Es war wieder nichts. Die beiden Franzosen, die kürzlich unter dem Verdacht der Espionage in Wilhelmshafen verhaftet worden waren, sind nach Vorführung vor dem Amtsgericht wieder freigelassen worden.

Obier der Sandwüste. Unteroffizier Ferdinand Niede aus Dresden, Kreis Schlenkingen in Thüringen, früher im Eisenbahnregiment Nr. 2, ist am 30. Juli in Odisforda am Thyb 56 gestorben. Ritter Adolf Borchs aus Schildig, Kreis Danzig, ist am 21. Juli auf einer Patrouille verstorben. Die Nachforschungen waren erfolglos. Er ist wahrscheinlich umgekommen.

Sundstagesphantasien. In der „Kreuzzeitung“ macht „ein Konfessionar“ einen erblichen Vorschlag zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“. Er empfiehlt eine Massenverteilung des „Allgemeinen Ehrenzeichens“ und — die sozialdemokratischen Versammlungen würden aus Mangel an Bekanntheit eingestrichelt werden müssen, weil „mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen keine eine sozialdemokratische Versammlung betretener darf.“

Wie es scheint, mehren sich im konservativen Lager die Fälle von Gehirnschwund.

Sie wollen nicht hören! Wenn man bisher annahm, daß man vielleicht auch innerhalb der Reichsregierung vor dem Königberger Hochverratsprozeß, der aus der Initiative des Königsberger Oberstaatsanwalts hervorgegangen ist, nicht sonderlich erregt ist, wird man jetzt allerdings eines besseren belehrt. Am Sonnabend beschäftigt sich die Norddeutsche, also das offizielle Organ der Reichsregierung, in ihrem wöchentlichen Rückblicke in einer Weise mit diesem Prozeß, aus der man schließen muß, daß die Reichsregierung mit der Erhebung der Anklage durchaus einverstanden war und das Ergebnis als eine tatsächliche Verkündung der Sozialdemokratie deutet. Das Blatt hebt hervor, daß man aus formell juristischen Gründen die Verurteilung wegen Hochverrats nicht erfolgt sei, und eignet sich auch den Gedankengang an, daß die Beförderung des Umsturzes in Russland im Interesse der deutschen Umsturzpartei liegt.

Im Wahlkreis Schaumburg-Lippe scheint die Reichstags-Verabschiedung für den verstorbenen Abg. Deffe schon Anfang September vorgenommen werden zu sollen.

Für die Reichstagsersatzwahl in Schaumburg-Lippe ist am Sonnabend Nachmittag in einer Vertrauensmänner-Versammlung der Konservativen und Liberalen im Gegenwärtigen des Landes a-Dyck und des Abg. Graf Reventlow als Kandidat der Reichsregierung der Amtsgeschäft Dr. Brunnermann-Städtagen angeschlossen worden, der als Kandidat vom „reinen“ Wasser bekannt

Er und seiner Zeit für die Kandidatur des Grafen Reventlow sich erklärt hatte. — Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Doktor Friedberg hat es abgelehnt, gegen den Herrn Dr. Hans Ehrlich zu kandidieren; ebenso wenig soll Landtagsabgeordneter Janke sich zur Uebernahme einer Kandidatur haben bereit finden lassen.

**Ausland.**

**Der Bruch zwischen Frankreich und dem Vatikan** ist nun auch äußerlich zur vollendeten Tatsache geworden. Der französische Geschäftsträger beim päpstlichen Stuhle de Courcel hat, wie gemeldet, am Sonntagabend Rom verlassen, und der päpstliche Nuntius Morgeni ist gleichfalls Sonntagabend von Paris abgereist und Sonntag früh in Rom eingetroffen.

Die radikal-sozialistischen Pariser Blätter beschäftigen sich zu dem Bruche zwischen Frankreich und dem Vatikan. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, die Regierung werde dabei nicht stehenbleiben und versprechen ihr ihre Unterstützung zur Erreichung der vollen Trennung von Kirche und Staat.

**Einem neuen großen Erfolg des Ministeriums Combes** bedenten die Resultate der Generalratswahlen, die in ganz Frankreich stattgefunden haben. Sie gelten eine beträchtliche ministerielle Mehrheit.

Von 1440 Generalratswahlen sind bisher 1403 Resultate bekannt geworden. Die Ministerielle gewinnen 83 Sige. Die Antiministerielle haben eine gewaltige Mehrheit erzielt.

**Der russische Justizminister Kurawjew** wurde zu einer Sonderaudienz zum Caren nach Peterhof befohlen, auf welcher ihm, wie man allgemein annimmt, den Posten des Ministers des Innern und des Staatssekretärs von Finnland übertragen werden wird. Die Meldung von einem Attentat auf Kurawjew am Tage der Ermordung Plechows ist völlig grundlos. Kurawjew fuhr um 2 Uhr Nachmittags zu seinem gewöhnlichen Vortrag zum Caren, nicht um die Meldung der Ermordung Plechows zu überbringen, die Generaladjutant Orskowski durch den Caren erhaltete, als bei der Fahrt ein kleiner Saalwagen eines kleinen Stein in das offenkundige Kupferstücken des Salonwagens Kurawjews fiel. Der Minister soll den Vorfall nicht einmal bemerkt haben. —

**Lumpige Verräter.** Vor dem Schwurgerichte in Larnopol in Galizien fand kürzlich ein interessanter Prozess statt. Im August vorigen Jahres kam in das galizische Dorf Jedmiszowka, das von Russland nur durch den Fluß Pruth getrennt ist, ein Student namens Dolinski, der zwei Schmuggler, die Banern Kazar und Denbery, für 20 Gulden mietete, daß sie ihm einen Korb mit Büchern über den Fluß tragen und ihm dort einen Wagen bestellen, mit dem er die Bücher befördern könne. Wie es verabredet worden war, so geschah es. Die beiden Banern schafften Dolinski und seine Bücher über den Fluß und brachten ihm einen Wagen zur Stelle. Als der Student in den Wagen steigen wollte, bemerkte er darin ein Armeegewehr. Er erkannte, daß er verraten worden sei, und mochte flüchten. Der Smuggler aber, der ein maskierter russischer Gendarm war, hielt ihn fest und auf drei Zeichen kamen von allen Seiten Soldaten herbeigeeilt, die ihn banden und nach Kiev brachten. Einige Tage darauf kamen nach Jedmiszowka Briefe aus Russland, worin das Geschehene mitgeteilt wurde, und es stellte sich nun heraus, daß die beiden Schmuggler von den russischen Gendarmen 30 Rubel bar erhalten hatten, daß sie ihnen den Dolinski anvertrauten. Die Aufregung in Dorfe war ungeheuer und schließlich mußte sich auch das Gericht damit beschäftigen. Die beiden Schmuggler wurden des Verbrechens nach § 99 des Strafgesetzes angeklagt, wonach derjenige, der sich ohne Vorwissen und Einwilligung der rechtmäßigen Obrigkeit eines Menschen mit List oder Gewalt bemächtigt, um ihn wider seinen Willen an eine auswärtige Gewalt zu überliefern, das Verbrechen des Menschenraubes begeht. Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen einstimmig und die beiden Angeklagten wurden zu je einem Jahr Kerker, verhöhet mit Fellen, verurteilt.

**Lokales und Provinziales.**

Breslau, den 2. August.

**Sozialdemokratischer Verein.** Die gestrige, gut besuchte Mitgliederversammlung des Vereins beschäftigte sich mit den Reorganisationsvorlägen der „Volkswacht“. Zur Bearbeidung des gedruckten vorliegenden Entwurfs nahm das Wort zunächst

**Genosse Böbe:** Bald nach den Reichstagswahlen 1903, die uns die ungeheure Zahl von 3 Millionen Stimmen brachte, wurde in Parteikreisen die Frage aufgeworfen: wie befechtigen wir das trübe Verhältniß zwischen der Zahl unserer Wähler und der unserer organisierten Genossen, wie vermehren wir die Zahl der letzteren und vertiefen im weiten Kreise derer, die instinktmäßig mit uns gehen, die Kenntnis unserer Ziele. Dieselbe Frage mußte aber nicht bloß im Anknüpfung an die Wahlen, sondern bei jeder theoretischen Debatte aufgeworfen werden, die sich etwa um den Generalstreik, die Manifestation u. dergleichen, die Unterlagen für eine Reorganisation der angeworbenen Probleme bleibt immer die Zahl der organisierten Genossen. Dann kamen die Nachwahlen, die einen unerwartet strammen Zusammenhalt der bürgerlichen Gegner zeigten und uns die Notwendigkeit des Ausbaus unserer politischen Organisation eindringlich lehrten. Schließlich half der glänzende Abschluß der deutschen Gewerkschaften die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Stande der politischen Organisation steigern.

Unter den Gründen, die das langsame Wachsen der politischen Vereine unserer Partei erklärten, führten viele Parteigenossen die losse Organisationsform und die Ungleichheit derselben in den einzelnen Orten an, ferner die beschränkte Möglichkeit, schwache Parteizeile durch dauernde agitatorische Unterstützung seitens der Gesamtpartei zu fördern. So tauchte besonders oft am Niederrhein, in Elberfeld, Köln, Essen, Dortmund, Solingen der Gedanke auf, der Partei eine starke zentralistische Organisation zu geben, aus Berlin wurden hin und wieder gleiche Stimmen laut und in Süddeutschland war man praktisch genug, von Worten zur Tat zu schreiten und zentrale Landesorganisationen für die einzelnen Bundesstaaten zu schaffen. Auch bei uns hatten schon oft Diskussionen über diese Frage stattgefunden und bald nach dem ersten Bekanntwerden des gewerkschaftlichen Jahresberichts für 1903 lud mich Genosse Heymann ein, für den Gedanken der Zentralisation in unserer Partei durch die Zeitung eine gründliche Propaganda zu machen. Da unsere Ansichten über die Frage in allen Punkten übereinstimmten, erschien die bekannte Artikelserie in der „Volkswacht“, die so viel Uebereinstimmung in der Partei weckte, als wir anfänglich kaum erwartet hatten. Diese Sympathien kamen auch durch Zuschriften an die Redaktion aus Schlesien und darüber hinaus zum Ausdruck.

Der Redner begründet nunmehr die von ihm vorgeschlagene Umwandlung und folgt dabei dem Gedankengange der „Volkswacht“-Artikel, der unseren Lesern genügend bekannt ist. Er bespricht die finanziellen Unterlagen der Gesamtpartei, die mangelhafte Unterstützung der Hauptkasse durch das Gros der Parteiverte, die geringfügige Ertrügerung der freiwilligen Parteibeiträge mit dem Fall des Sozialistengesetzes und bezeichnet als Ursache dieser Erscheinung u. a. das Sammelbüchlein, Bous- und Maximalsystem ohne regelmäßige Beiträge, welches von den Gewerkschaften weit überholt ist. Als Abhilfe empfiehlt er den regelmäßigen festen Parteibeitrag in einer festen Zentralorganisation. Nur mit einem operativen Beobachter können Schlachten geschlagen werden. Es ist ja sehr schön und erhebt unser Herz, wenn wir hinterm Bierisch hören: „Ich bin auch Sozialdemokrat, ich auch einer, ich auch einer“, aber anzufangen ist damit noch nicht. Neben der besten Ausbildung der Genossen wird die steigende Einnahme den Parteivorstand in den Stand setzen, Parteisekretäre für schwach mit Kräften besetzte Gebiete anzustellen, über deren Aufgaben wir in einer Notenskizze mit der „Waggeb. Volksw.“ das Hauptstückliche gesagt haben. Die Kosten

solcher Sekretäre würden bald wieder aufgebracht sein durch den Eintritt neuer Mitglieder, wie die Gewerkschaften benehmen.

Hier und da wird die Frage aufgeworfen, ob auch unsere Genossen in allen Teilen Deutschlands in der Lage sind, den Zentralistischen Monatsbeitrag zu bezahlen. Redner behält die Frage ohne weiteres; überall würden Gewerkschaftsbeiträge von 20, 30, 40, 50 Pfennig die Woche und mehr bezahlt, da sei es auch möglich, die Woche 2/3 Pf. für die Partei auszugeben, für unsere Abgeordneten, für Gemäßigtere, für Agitatoren uvm. Wir brauchen die Genossen nur daran zu gewöhnen und zwar so bald als möglich, da die Gewerkschaften fortwährend ihre Beiträge um erheblichere Summen vermehren. Es gibt in Süddeutschland übrigens schon Landesorganisationen, die diesen Beitrag erheben. Die Verwaltung laun eine sehr einfache sein.

Redner geht schließlich auf die vereinsrechtlichen Bedenken ein, die er als nicht durchschlagende bezeichnet, und bespricht die übrigen abgedruckten Paragraphen seines Entwurfs. Eine gewisse Vertretung auf den Parteitag werde immer dringender, je mehr Meinungsverschiedenheiten über prinzipielle und taktische Fragen aufstauen. Wir machen der Regierung die ungerechte Wahlkreis-einteilung nach, wenn wir dem Wahlkreis Kamisch-Gohyn dieselbe Vertretung auf dem Parteitag angelehnen, wie dem vierten und sechsten Berliner. Dagegen schlägt Redner vor, beim Fall des Organisationsstatuts abzulehnen, der den Ausschluß fordert bei groben Verstößen gegen Beschlüsse einer Parteioberorganisation. Das würde zu weit führen, große Verlässe gegen Beschlüsse von Anwaltschaftskommissionen, Preßkommissionen, Wahlvereinen u. werden oft von den Mitgliedern selbst verübt, sogar gegen Beschlüsse des Parteitag über Stichwahlen sind schon im Einverständnis mit dem Parteivorstand Verlässe verübt worden. Und wenn es danach auch nicht immer gleich Ausschüsse geben würde, so ist doch schon die Androhung überflüssig. Der ganze Paragraph, der den Ausschluß behandelt, ist in unserem Statut nach hinten gerückt, wie das allgemein üblich ist. Es nimmt sich sehr sonderbar aus, wenn im Statut vier Zeilen am Anfang davon handeln, wer Mitglied der Partei ist, dann folgen gleich 30-40 Zeilen über das Wann und Warum des Ausschusses; ein Absatz ist übrigens bei uns weggefallen, weil er durch die Zentralisation zwecklos geworden ist.

Redner fährt fort: Der Entwurf ist gewiß verbesserungsfähig, er soll nur der Agitation für die Zentralisation einen kräftigen Anstoß geben. Im allgemeinen hat der Gehalt viel Anknüpfung gefunden, sonderbar ist es, daß die Akademiker in Leipzig, die das Wort „organisationsmäßig“ am lauteften im Munde führen, sich als Bremser bei den Verbesserungsversuchen betätigen. Wenn von dieser Seite die einfache Konstatierung der Tatsache, daß die Gewerkschaften der Partei Kräfte entziehen, als eine Beschwerde „mit flehentlichem Beigehmes“ bezeichnet wird, ist das nur ein Beweis, wie sehr gewisse Leute über den Gewässern schweben, ohne Einblick in die Kleinarbeit der Partei zu haben. Rosa Luxemburg bezeichnet in der „Neuen Zeit“ die Zentralisation als willkommener Damm gegen opportunistische Strömungen. Vielleicht hat sie damit recht. Wenn ich aber die feste Ueberzeugung habe, daß diese Reform der Partei von großem Nutzen ist, dann steht mir als Revisionist das Wohl der Partei höher als das einer bestimmten Richtung. Im übrigen aber bin ich der Meinung, daß auch für die Fortentwicklung der Partei die gesuchten, informierten, kenntnisreichen Mitglieder der Organisation besser geeignet sind, als die ungeschulten Massen. Auch der Revisionismus muß sich, wenn er existenzfähig sein will, auf die Kreise der fest Organisierten stützen. Zum Schluß begründet Redner die im Anknüpfung an das Organisationsstatut abgedruckten Eventualentwürfe für den Parteitag in Bremen. Es komme auch bei dem Statutenentwurf nicht auf die Einzelheiten an, sondern auf das Prinzip der Zentralisation, dem Redner zugestimmt bittet. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Drohungen der Schwarzfahrer immer heftiger werden, ist keine Zeit zu verlieren bei der Formulierung, Disziplinierung, Schulung und Organisierung der Massen. (Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Schütz, ersucht, in dieser Versammlung nur über das Prinzip, welches dem Entwurf zu Grunde liegt, zu debattieren und einzelne redaktionelle Abänderungsanträge in einer späteren Sitzung zu beantragen. Diesem Vorschlage wird zugestimmt.

Die Diskussion eröffnet

**Genosse Rahm:** Er habe nicht geglaubt, daß die Vorschläge so allgemeinen Anklang in der Parteipresse finden würden. Denn leider sei die Partei gegenüber irgendwelchen Neuerungsversuchen so verschlossen, daß es manchmal bedauerlich sei. Endlich sei der Vorschlag zur Zentralisation und Anstellung von Parteisekretären durch- aus zu begrüßen. Es sei leider eine bedauerliche Tatsache, daß heute in der Partei die Initiative „von oben herab“ fehle. Er — Redner — sei nun bald 10 Jahre Vorsitzender des Breslauer sozialdemokratischen Vereins. Aber noch nie habe der Parteivorstand eine Anregung zur Agitation gegeben, nie habe er einmal angewiesen, wie zur Werbung von Mitgliedern agitiert werden müsse. Die Genossen waren sich in der Beziehung immer selbst überlassen. Der Parteivorstand könne allerdings nichts mehr tun, aber man solle sich nicht gegen Neuerungen sträuben. Redner ist entschieden für den Vorschlag. Die Parteimengen seien der Verbesserung dringend bedürftig und es sei nicht zu hoch gegriffen, wenn man annähme, daß schon im ersten Jahre 100,000 Mt. Wehrnahmen durch die Zentralisation erzielt werden könnten. Das Institut der Parteisekretäre würde sich glänzend rentieren. (Beifall.)

**Genosse Zimmer** will nicht mehr über die Zweckmäßigkeit der Zentralisation reden, da er diese für ganz selbstverständlich hält. Die Frage könne höchstens sein, ob die Anstellung von Parteisekretären eine zwingende Notwendigkeit sei. Und da müsse er der Meinung Ausdruck geben, daß die Gewerkschaftsbewegung mit ihren Gew- und Bezirksleitern die Zweifel in dieser Hinsicht beheben könne. Redner hält auch den Entwurf im ganzen für glücklich, wünscht aber daß ein Maximalbeitrag von 20 Pf. eingeführt würde. Wenn der Parteivorstand auch nur 10 Pf. erhalte, so könne doch verlangt werden, daß jeder Parteigenosse auch 5 Pf. wöchentlich oder 20 Pf. monatlich überhaupt an die Partei zahle. Redner wünscht ferner, daß vom Hauptvorstand ein Normalsatut für die einzelnen Vereine ausgegeben werde. Im übrigen macht Genosse Zimmer noch auf eine Wiederholung aufmerksam die im Entwurf vorhanden war und deren Beseitigung er empfehlen sei. (In unserem Abdruck ist dieser Wunsch berücksichtigt. Red.)

**Genosse Heymann** weist zunächst auf die frühere Organisationsform hin. Unter dem Sozialistengesetz bestand eine „lose“ Organisation, die in Wirklichkeit eine viel straffere war, als das heutige Vertrauensmännerhsystem. Heute seien die Verhältnisse andere geworden, die Partei habe sich angeeignet und es müsse eine größere Zusammenfassung erfolgen. Auch die Organisationsform müsse sich den Verhältnissen anpassen. Wenn das nicht geschehe, könnte die Partei auf dem toten Punkt anlangen. Des Eingehenden begründet Redner die Notwendigkeit der Parteibeamten. Die neuerlichen Gerichtsentscheidungen gegen die Flugblattverbreiter machen es fast unmöglich, in Zukunft noch Flugblätter zu verbreiten. Es würde die Aufgabe der Parteibeamten sein, innerhalb der fünf Jahre, die zwischen zwei Wahlen liegen, zu organisieren, Vertrauensleute ausfindig zu machen und sie an die Partei zu fesseln. Dann könnte man in Zukunft ganz auf die Flugblattagitation verzichten. Redner wendet sich gegen den Gedanken, als ob das Statut einer Richtung in der Partei zu gute käme. Die Aenderung solle für Parteigenossen und nicht für „Revisionisten“ oder „Kabilale“ geschaffen werden und solle der Partei dienen. (Bravo.)

**Genosse Reusch** spricht sich in gleichem Sinne aus. Es sei schwer, die Landkreise zu bearbeiten, besonders, wenn eine Organisation im Kreise selbst nicht bestehe. In keinem Kreise Oels-Wartenberg z. B. müßte während der fünfjährigen stillen Zeit unablässig agitiert werden. Aber nicht nur durch Flugblätter, die von manchem nicht gelesen werden, sondern von Mund zu Mund. Sonst könnte man nach 200 Jahre auf solchen Kreis warten. Man solle sich auch von dem Gedanken freimachen, als ob alle Arbeit für die Partei ungenügend und nebenamtlich geleistet werden müsse. Die Kandidaten seien in ihrem Beruf meistens so in Anspruch genommen, daß sie eine dauernde Kleinarbeit nicht zu leisten vermöchten, da solle der

ParteiSekretär eingreifen. Es tue in die Parteileitung auch etwas frisches Blut not.

**Genosse Kahlke** macht eine Reihe von Einwendungen gegen Einzelheiten des Entwurfs und begründet diese abweichende Haltung. Im Prinzip ist er mit den Vorschlägen ebenfalls einverstanden.

**Genosse Kühns** wendet sich gegen eine der Einwendungen des Redners und will selbst seine abweichende Meinung von einzelnen Punkten des Entwurfs nicht zur Geltung bringen, damit das Projekt mindestens der Öffentlichkeit übergeben werden könne. Er schlägt in diesem Sinne der Versammlung eine Resolution vor, die die prinzipielle Zustimmung der Vorschläge ausdrückt. (Siehe unten! Red.)

**Genosse Böbe** geht in seinem Schlußwort auf einige in der Debatte geäußerten Vorschläge teils beiführend, teils ablehnend ein, und nimmt Einverständnis mit der Verlesung einiger Streichungen und redaktionelle Abänderungen im Entwurf sofort vor.

Bei der Abstimmung wurden durch die einstimmige Annahme der folgenden Resolution sowohl der Statuten- Entwurf als auch die von Böbe vorgeschlagenen Eventual-entwürfe dem Parteitag in Bremen überwiesen.

Die Verlesung des Sozialdemokratischen Vereins zu Breslau und Umgegend erklärt sich im Prinzip mit dem vorgelegten Entwurf eines Organisationsstatuts einverstanden und begrüßt insbesondere den Vorschlag zur Zentralisation der Partei. Zudem die Verlesung sich vorbehaltlich, einzelne Abänderungsvorschläge in späterer Sitzung zu beraten, beschließt dieselbe, den Entwurf als Antrag dem Bremer Parteitag zu unterbreiten und dort fernerhin zu beantragen, daß, falls die Aenderung der Organisation zur Zeit noch nicht beschlossene werden kann, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Organisationsstatuts auf der Grundlage der Zentralisation eingesetzt wird.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung gab Genosse Heymann die Kasienabrechnung vom 2. Quartal 1904. Die Mitgliederzahl beträgt 2182, die Einnahme 2728.21 Mt., die Ausgabe 2144.75 Mt., so daß ein Kasienbestand von 578.75 Mt. verbleibt. Dabei sind die letzten Schulden von der Reichstagswahl in der Höhe von 584.25 Mt. bezahlt und auch die Rechnung für das neue Flugblatt in der Höhe von 402.50 Mark ist beglichen. Die Kassenbrüche brachte 495.50 Mt. Uberschuß, eine für unsere Verhältnisse beträchtliche Summe, wie sie früher niemals erreicht wurde. Dem Kassierer wurde nach einer kurzen Debatte, die sich vornehmlich um die Gewährung von Kränzen bei Todesfällen drehte, Entlastung erteilt.

Den früher gefaßten Beschluß, den internationalen Kongreß nicht zu beschicken, hob die Versammlung auf und betraute mit allen gegen 3 Stimmen den Genossen Eduard Bernstein mit dem Mandat zum internationalen Kongreß in Amsterdam für die Stadt Breslau.

**Die Stadtverordneten-Wählerlisten**, die vom 15. bis 30. v. Mis. zur Einsicht ansgeliegen hatten, sind von 1852 Personen eingesehen worden. Einsprüche wurden 25 erhoben. — Leider hat die Beteiligung an der Listenprüfung sich nicht so zahlreich gestaltet, wie es der Bedeutung der Sache entspräche. Eine ganze Reihe von Einzeichnungsformularen ist nicht wieder an das Wahlkomitee zurückgekommen.

**Diejenigen „Volkswacht“-Leser**, welche in der inneren Stadt östlich vom Ringe wohnen und in den letzten Tagen eine „Volkswacht“ nicht erhalten haben, werden ersucht, sich baldigst zu melden. Es ist ein Kopportage-Wechsel eingetreten und bitten wir deshalb, vorkommende Versehen gütigst entschuldigen zu wollen.

**Der „große“ Schlegel.** Unter dieser tiefstimmigen Marke verbreiten die Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine ein Flugblatt gegen die letzte Aktion des Metallarbeiter-Bandes im Schlossergewerbe. Die verstimmte Hirsch-Dundersche Blechmusik-Kapelle glaubt Ursache zu haben, die Friedensliebe der freien Gewerkschaften zu verspotten; da die Herren sonst immer den gegenteiligen Vorwurf erheben, wird uns das Flugblatt gelegentlich als Waffe dienen. Das ist aber auch das Einzige erwähnenswerte, im übrigen ist die Rangengeburt so geistvoll-wichtig verfaßt, daß wir wortlos die Waffen strecken. Nur eins möchten wir erwähnen. Die Herren, die sich in der Rolle des Arbeiterfreundes so mollig fühlen, haben es über sich gebracht, das Gebommensflugblatt wider den Herrn Schlegel doktor in einer nichttarifmäßigen Druckerei anfertigen zu lassen und sich damit die verdiente Ohrfeige als Lohn für die „geistige Arbeit“ selbst versegelt. Wohl bekomms!

**Die Hausperre bei Steiner und Lübert** besteht nach Mitteilung des Zentralverbandes der Maurer unverändert fort.

**Bei der Firma Gasmann,** Ohlauer Chaussee Nr. 99/101, sind mit dem heutigen Tage sämtliche Schlosser und Schmiede, zirka 40 an der Zahl, wegen Nichtanerkennung des Tarifes in den Ausstand getreten!

**Bunzlau, 31. Juli. Wahlkreis-Konferenz.** Im Kronenpark lagte am Sonntag, den 31. Juli, von Nachmittags 3 Uhr an die Konferenz des Wahlkreises Bunzlau-König. Dieselbe war von 23 Delegierten besucht, welche 3 Orte im Kreise vertraten. Luben und Kogemar waren dabei. Zunächst erlatete Genosse Kähler den Kassibericht als Kreisvertrauensmann. Die Kasse hatte eine Gesamt-Einnahme von 446.05 Mt., ihr stand eine Gesamtausgabe von 334.85 Mt. (hauptsächlich für Reichstagswahl und Kalender-Aktion) gegenüber, sodass ein Bestand von 111.70 Mt. verbleibt. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung in allen Teilen. Betreffs Abrechnung des Bestandes der Wahlkommissionen, welche noch nicht gelegt werden konnte, beauftragte die Konferenz den Kreisvertrauensmann, bis Ende dieses Jahres die Abrechnung mit allen Vertrauensleuten, welche Wahlkommissionen zum Beschluß erhalten haben, vorzunehmen und der nächsten Konferenz darüber Bericht zu erstatten. Genosse Kähler wurde alsdann als Kreisvertrauensmann wiedergewählt. Ueber Agitation und Presse referierte Genosse Mitschke. Es entspann sich nach dem Referat eine sehr lebhafte Debatte betreffs der Lagerung, Geldmittel an zu bewilligen, um eine intensivere Agitation in den größeren Orten des Kreises zu entfalten und um mehr direkte Vertrauenspersonen ausfindig zu machen, mit deren Hilfe alsdann die politische Organisation weiter ausgedehnt werden könnte. Da jedoch die Delegierten über die gemachten Vorschläge geteilter Meinung waren, hauptsächlich des Kostenpunktes wegen, zog der Antragsteller den diesbezüglichen Antrag zurück und wurde die Angelegenheit dem Wahlverein Bunzlau-König überwiesen. Betreffs der Presse, welche als wichtiges Agitationsmittel zu betrachten sei, wurde ein Antrag angenommen, bei der in diesem Jahre wieder stattfindenden Kalenderverteilung eine rege Agitation für die Presse zu entfalten und mit dem Verlag der „Volkswacht“ die nötigen Schritte bezüglich des Materials zu vereinbaren. Kalender sollen wieder 5000 Stück zur Verteilung gelangen, diesmal aber auch

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Japan und Rußland.

Admiral Togo bestätigt, daß bei dem Angriffe am 24. v. M. zwei russische Torpedoboote in den Grund gebohrt worden sind. Bei dem Angriffe am Dienstag wurde ein japanisches Kanonenboot beschädigt 14 Personen wurden getötet.

Der Attentäter.

Sämtliche Verbände des Mörders Reichens blieben bisher erfolglos. Da es wurde befürchtet, der Attentäter würde seinen Wunden erliegen. Der Verbleib des Attentäters ist noch ungewiß.

Wieber ein Radfahrer beim Rennen verunglückt! Beim Sonntag-Radwettkommen in Grünheide ereignete sich im Tandemfahren ein schwerer Unglücksfall. Das Rad von Meyer und Huetz rutschte aus und kollidierte infolgedessen mit dem Rade von Conrad und Alboß.

Die Kohlenladung im Brand. In Wilkau bei Glogau erigte sich die Ladung des dortselbst verkommenen Schiffskapitäns Carl Krüger, welcher Neble von Dordelander u. Cie., Berlin, geladen hat.

Auf den Wachenposten geschossen. In der Nacht vom Sonntag zu Montag wurde auf den an Höpenderer Hof verbannten Schützenmeisteren Schützengilde, des hiesigen Reservierbataillons Nr. 10 schießend.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. I. Räder Joseph Engel, fah. I. - Buchhalter Alfred Dufmann, m. S. - Arbeiter Karl Bartsch, fah. I. - Hausbälter Paul Gering, fah. I. - Schlosser Gustav Scholz, fah. I. - Arbeiter Karl Reich, m. S. - Hausbälter Hermann Jantsch, fah. I. - Räder Hermann Heid, m. S. - Hilfsarbeiter Ernst Frisch, fah. I. - Hausbälter August Höber, fah. I. - Schneider Fritz Ramm, m. S. - Arbeiter Hermann Köhler, m. S. - Arbeiter Karl Zins, fah. I. - Schlichter Paul Hüb, m. S. - Poliermeister Max Kroll, m. S. - Schlichter Paul Frisch, fah. I. - Arbeiter Alfred Krieger, fah. I. - Schneider Friedrich Köh, m. S. - Tischlermeister Carl Sarnigle, m. S.

Todesfälle. II. Wergarne, I. des Arbeiters Otto Kohnhauer, 5 M. - Albert, S. des Bahnarbeiters Karl Mann, 6 M. - Schriftführer Pauline Hein, geb. Grunwald, 70 J. - Tischlermeister Alfred Heller, 19 J. - Emma, I. des Eisenbahnarbeiters Wilhelm Dreyer, 4 M. - Wilh. S. des

die Jungfrauen Freiorte mit beschäftigt werden, um durch die Verbreitung der Presse die Arbeiter, welche im Juni v. J. für uns gekämpft haben, zu Parteigenossen zu ziehen.

Zum Punkte „Organisation“ referierte Genosse Schab. Derselbe unterzog das neue Organisations-Verdict spezieller Betrachtung und hob die Vorteile, welche für die Partei dadurch zu erwarten sind, hervor.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die Delegierten der Wahlkreis-Konferenz Danzlag-Lüben stehen den Vorschlägen der „Volkswacht“ betreffend Organisation der Partei kombattisch gegenüber und wünschen, daß der Bremer Parteitag sich mit dieser wichtigen Angelegenheit eingehend beschäftigen möge.

Zum nächsten Punkte Bremer Parteitag referierte Genosse Schab und wurde folgende Resolution beschlossen: Die am 31. Juli versammelte Delegierten des Wahlkreises Danzlag-Lüben erwarten, daß sich auf dem Parteitage zu Bremen Fortschritte in der Sache nicht mehr abspielen. Abgesehen von der Bewerkschwendigung, tragen solche persönlich gegenseitigen Auseinandersetzungen nicht dazu bei, die Partei nach innen wie nach außen zu festigen.

Von einer eigenen Delegation des Danzlagener Wahlkreises wurde abgeholt und beauftragt die Konferenz das Mandat einem Genossen zu übertragen, der mehrere Wahlkreise vertritt. Das Bureau der Konferenz wurde beauftragt einen geeigneten Genossen mit der Vertretung zu betrauen, die Kosten sind von der Kasse des Kreisverbands zu decken, da eine Belastung der Genossen durch Listenammlung nicht gewünscht wurde.

Die Mitteilung der Presidialkommission, daß sämtliche erwählte Delegierten anwesend waren, die Berichte der verschiedenen Orte konstatieren durchweg eine antehabende Freude der politisch erwachten Genossen und auch die Anwesenheit der Parteimitglieder im hiesigen Komitee ist zu begrüßen.

Striegau. Am Sonntag hielt der Gesangsverein Verwärts eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, am 15. Oktober das Jubiläumsfest in bisher üblicher Weise zu feiern. Der Antrag, einen Ausflug zu unternehmen, fand nicht die genügende Unterstützung, da die meisten, die den Antrag in der vorigen Versammlung gestellt hatten, nicht erschienen waren.

Striegau. Plötzlicher Tod. Am Sonnabend Abend in der Maler Lenke in Järschau plötzlich gestorben. Der 53jährige Junggelle trat mit einem Freunde in der Restauration von Reich sein Glas leer. Von dem Glas fiel er vom Stuhle und war tot.

Bojan. 1. August. Großer Brand. Die in der Gerberstraße gelegene bekannte Holzbearbeitungsfabrik Bendig u. Schöne in hiesiger Straße samt Nebenhäusern durch ein enormes Schadenfeuer niedergebrannt.

Maschinenschlosser Heinrich Babute, 4. W. - Walter, S. des Landwirts Ernst Keller, 18 J. - Emil, T. des Zimmermanns Ferdinand Paul, 2 M. - Alfred, S. des Schlossers Paul Bura, 1 J. - Frieda, T. des Fleischergesellen Hermann Keller, 16 J. - Max, S. des Malergesellen Max Eckert, 6 M. - Frieda, T. des Gepäckträgers Karl Klose, 1 J. - Zigarettenarbeiterin Bertha Schubert, 26 J. - Marie, T. des Arbeiters Karl Kante, 9 M. - Paul, S. des Eisenbahnarbeiters Paul Böbel, 3 M. - Margarete, T. des Tischlergesellen Fritz Hiescher, 6 M.

Table with 2 columns: Name, Amount. Total: 171.92 M. Burgund, Heinrichstr. 2.

Versammlungen und Vereine.

Breslau. Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 3. August: Buchdrucker. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr.

Bezirksführer des Verbandes der Sanitäts- und Transportarbeiter. Zimmer Nr. 1. Freie Turnerschaft. Versammlung. Zimmer Nr. 3.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins: Bezirk I (Gräbischer Vorstadt). Bezirk 6. Dienstag, d. 2. August. Zusammenkunft (Bezirksführer-Wahl).

An die Bezirksführer. Sonnabend, den 6. August, Abends 8 1/2 Uhr. Abrechnung der Beitragsmarken und Proqramm-Umsetzung der „Neuen Zeit“.

Bez. 40. Sonnabend, den 6. August, Abends 8 1/2 Uhr. Kassenabend im dem bekannten Lokal. Um zahlreichen Erscheinen bittet R. Wittke, Bezirksführer.

Bez. 74 und 75. Sonnabend Kassenabend. Die Bezirksführer. Distrikt VI (Schweidnitzer, Ohlauer und Strehleener Tor). Bezirksführer-Zusammenkunft Montag im Gewerkschaftshause.

Liegnitz. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 4. August, Abends 8 1/2 Uhr. Sitzung Erscheinen aller Delegierten notwendig.

Goldberg. Versammlung des Arbeitervereins. Sonnabend, den 6. August, Abends 8 Uhr, im „Neuen Hause“, Vortrag des Genossen Heider.

Ohlau. Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf“. Jeden Sonnabend nach dem 1. jeden Monats, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal.

Am 31. Juli 1904, vormittags 8 1/2 Uhr, starb nach langen, schweren Leiden unser Kollege, der Steinmacher Franz Krzywosinski im Alter von 37 Jahren.

Chalin-Theater. (Sommer-Editionzeit.) Dienstag: Schönes Gastspiel Terese von Kroll: „Die Erbschöcker“.

Dominikaner. Wegen des kolossalen Erfolges zum 2. Male prolongiert Kluge-Zimmermann's Leipziger Sänger.

Breslauer Sommer-Theater. Dienstag: Populäres Gastspiel Hüllich-Patry „Kobale und Siebe“.

Herren-Rad (Markt-Opel), verkauft billig Galschstraße 37, am 1. 1905. Strehlen. Die Beiräte für den Radverein Ohlau-Strehlen-Kämpf.

Ausstellung. Geht Dienstag, den 2. August cr. 1905. Konzert des Philharmonischen Orchesters (Glasneck).

Achtung! Rauschlosser und Schmiede! Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr. In Café-Restaurant, Karlsstrasse 37. Versammlung aller Schlosser und Schmiede, die in Betrieben arbeiten.

Der Neue Welt-Kalender für 1905. ist soeben erschienen und durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen. Preis 40 Pfennige.

Die Opfer der Kaserne. Eine Anklageschrift nebst einer Sammlung militärgerichtlicher Urteile von Rud. Kraft. 96 Seiten. - 50 Pfg. - (Porto 10 Pfg.)

**Entwurf eines Organisationsstatuts für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**

Der sozialdemokratische Verein für Breslau hat in seiner am Montag abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, den nachfolgenden Entwurf eines Organisations-Statuts für die sozialdemokratische Partei Deutschlands, dem Bremer Parteitag als Antrag zu unterbreiten. Zur Kennzeichnung sind die von Breslau stammenden Änderungen des Statuts unterstrichen, während diejenigen Vorschläge des Parteivorstandes, die in den Breslauer Entwurf übernommen wurden, durch Sperrdruck hervortreten:

**§ 1.** Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Zentralverband, der seinen Sitz in Berlin hat. Mitglied desselben kann jede Person werden, die den Grundgedanken des Parteiprogramms ausstimmt und sich dem nachfolgenden Organisationsstatut unterwirft.

**Ortsvereine und Wahlkreisvereine.**

**§ 2.** In allen Orten Deutschlands, wo die gesetzlichen Vorschriften es zulassen, sollen Ortsvereine gegründet werden, die sich event. zu Wahlkreisorganisationen mit einem gemeinsamen Vorsitzenden aufzuschließen müssen.

**Der Orts- und Wahlkreis-Vorsitzende gilt als Vertrauensmann.**

An jedem Ort, sofern er nicht ... Wahlkreise umfasst, darf nur ein Verein bestehen. Vereine mit größerer Mitgliederzahl können jedoch Unterabteilungen gründen.

**§ 3.** Die Ortsvereine beschließen ihre Satzungen selbständig. Ihre Aufgabe besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundgedanken zu fördern, sowie die Wahlagitator zum Reichstag, Landtag und zu den Gemeindevahlen vorzubereiten und zu leiten.

**§ 4.** Die Wahl der Vereinsvorstände geschieht alljährlich im Januar. Der Vorsitzende hat seine Wahl mit Angabe der genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen, ebenso der Wahlkreis-Vertrauensmann.

In Orten, in denen wegen Volksmangel keine Versammlung stattfinden kann, haben die Genossen durch private Vereinbarung einen Vertrauensmann zu ernennen.

**§ 5.** Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unanwendbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

**Einzelmitglieder.**

**§ 6.** Wo ein Zweigverein des sozialdemokratischen Zentralverbandes nicht besteht, haben die Mitglieder das Recht, sich dem nächsten Ortsverein — zunächst im Wahlkreis — anzuschließen. Soweit das nicht geschieht, werden sie als Einzelmitglieder vom Hauptvorstand geführt. Das letztere geschieht auch mit den Mitgliedern in Bundesstaaten, in denen die Gründung sozialdemokratischer Vereine unzulässig ist.

**Beiträge.**

**§ 7.** Der Beitrag für die Hauptkassette beträgt pro Monat und Mitglied 10 Pf., die vom Ortsverein eingezogen und abgepfändelt werden. Der Hauptvorstand überweist den Ortsvereinen einheitsliche Mitgliedsbücher und Beitragsmarken. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen der Ortsverein die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkassette gegenüber keine Verpflichtungen.

Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsvereinen überlassen.

**Parteitag.**

**§ 8.** Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

**§ 9.** Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Versammlung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

**§ 10.** Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Nur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Orten, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen bestimmt wird. Jeder Wahlkreis hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden. (Die Vertretung nach der Zahl der Organisierten kann erst geregelt werden, wenn eine Statistik über die sozialdemokratische Parteiorganisation beifolgt; bis dahin empfiehlt sich die Beibehaltung des alten Systems.)
2. Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlussfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

**§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:**

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Anstellung von befohlerten Parteisekretären nach dem Vorschlage des Parteivorstandes.
5. Die Beschlussfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührende Fragen.
6. Die Beschlussfassung über die eingegangenen Anträge.

**§ 12.** Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 50 Ortsvereinen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nachzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen. Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10)

**Partei-Vorstand.**

**§ 13.** Der Parteivorstand besteht aus . . . Personen und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 2 Kassieren und . . . Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer, der Kassieren und Beisitzer erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem

Wahlzuge und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

**§ 14.** Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgelegt.

**§ 15.** Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteigenossen, und muß dem Parteitag auf Anregung der betreffenden Ortsvereine Parteisekretäre für einzelne Landeskreise vorschlagen, die aus Mangel an heimischen Kräften einer Unterstützung bedürfen.

**§ 16.** Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Bilanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

**Kontroll-Kommission.**

**§ 17.** Zur Kontrollierung des Partei-Vorstandes, sowie als Beratungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrollen erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einwendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

**Parteisekretäre.**

**§ 18.** Die Parteisekretäre haben in Verbindung mit den einzelnen Ortsvereinen für eine rege und einheitliche Agitation und für den Ausbau der Partei-Organisation in den ihnen unterstellten Bezirken zu sorgen. Sie sind verpflichtet, am Schlusse jedes Vierteljahres dem Partei-Vorstand einen Bericht über ihre Tätigkeit einzureichen.

Das Gehalt der Parteisekretäre wird vom Parteitag bestimmt.

**Zentralorgan der Partei.**

**§ 19.** Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt". Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preschkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preschkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preschkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preschkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

**August Geib.**

Am 1. August d. Jz. vor 25 Jahren wurde August Geib der Partei durch einen jähen Tod in der Blüte des Mannesalters entzogen. Seine kräftige Natur erlag einer tödlichen Krankheit.

Geibs Lebenslauf erinnert in mancherlei Beziehung an den Robert Humm, von dem der Dichter sagen durfte:

Er, der sich seinen Lebensweg, den harten und den rauhen,  
Auf bis zum deutschen Parlament mit starker Hand gewannen.  
Sie beide waren volksweltlich, beide widmeten sich dem Buchhandel  
aus Vorliebe für alles literarische Wesen, beide mußten aus dem Leben scheiden in der Blüte der Jahre. Der eine fiel durch das Blei, dem andern brang die Herzkrankheit.

Wilhelm Leopold August Geib ward am 10. April 1842 in Duchsroth, einem Dorfe in Rheinhessen in Kreise Kirchheimbolanden, geboren. Das väterliche Blut, das dem französischen Adels, verlieh Geib den lebhaften Geist und das feurige Wesen. Er besuchte in seinem Heimatort die Volksschule, dann nahm ihn ein wohlhabender Rhein zu sich und ertheilte ihm Unterricht in allem, was wissenschaftlich erschien. Drei Jahre Lehrzeit verbrachte der junge Geib bei einem Kaufmann in Meisenheim, einem nahegelegenen Städtchen, von 1855 bis 1858. Dann litt es ihn nicht länger in den kleinen Verhältnissen seiner Heimat. Er mußte die Welt sehen und sich Raum verschaffen für sein wohlgeplantenes Streben. Er kam 1858 nach Hamburg, wo er bis zu seinem Tode seinen Wohnsitz hatte.

Der junge Geib zeigte damals schon einen für sein Alter ungewöhnlichen Ernst und einen unbegrenzten Drang nach Wissen. Wenn andere sich rauschenden Vergnügungen hingaben, vermehrte er seine Kenntnisse und brachte es dahin, daß er mit 17 Jahren schon völlig selbstständig war und seiner Eltern Mittel nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchte. Dabei verkümmerte Geib nicht, seine Fähigkeiten nach jeder praktischen Seite hin auszubilden. Wie tätig er als junger Mann war, beweist die Tatsache, daß er nach seiner eigenen Angabe in vierzehn Vereinen zugleich, meist als Vorsitzender, tätig war.

Er war ein fleißiger Turner, ein beliebter Sänger, ein gewandter Stenograph und ein ausgezeichnetes Kaufmann. Daher jener Ueberblick über alles geschäftliche Gebiet, daher jene Detailkenntnis, die so sehr an ihm bewundert wurde: daher auch die Liebe und Verehrung der Freunde, wie die Achtung seiner Feinde, denn ja all jenen rühmlichen Eigenschaften kam noch ein makelloser Ruf, ein biederes, treuberechtigtes Wesen und ein stolzer, unabhängiger Charakter hinzu.

1864 etablierte sich Geib in Hamburg als Buchhändler. Durch seine Umsicht und Gewandtheit wurde sein Geschäft in steigender Blüte erhalten. Bald darauf führte er seine Frau heim. Das Verhältnis der beiden Gatten war musterhaft.

Geib folgte mit lebhaftem Interesse den politischen Bewegungen. Nachdem er einige Zeit die Politik der Turnvereine mitgemacht hatte, schloß er sich Mitte der sechziger Jahre dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an, dessen Bevollmächtigter für Hamburg er bald wurde. Für die Führung des Vorwärters bei parlamentarischen Verhandlungen hat er stets ein entschiedenes Talent bewundet, das sowohl durch seine Haltung, als auch durch sein keuseres noch unterstützt wurde.

1869 trat Geib infolge der Mifbilligkeiten aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aus und half in Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei gründen, in deren Leitung er bald berufen wurde. 1870 wurde Hamburg in Belagerungsstand erklärt und im September wurde Geib auf Befehl des Gouverneurs Vogel von Falkenstein verhaftet und als Staatsverbrecher nach Löben auf der russischen Grenze geschleppt, wo er mit Johann Jacoby und dem Braunschwäiger Ausschusse (Brade u. a.) interniert wurde. Da aber kein Tatbestand eines Verbrechens gegen ihn vorlag, so reklamirte ihn der Hamburgische Senat als Hamburgische Bürger und Geib wurde im Dezember 1870 wieder entlassen.

Neben seinem Geschäft und seiner Parteitätigkeit betrieb Geib auch wissenschaftliche und schöpferische Studien, die teils in zahlreichen Zeitungsartikeln, teils in seinen „Gedichten“ (1875 in Leipzig erschienen) zu Tage traten.

1874 wählte ihn der 9. sächsische Wahlkreis (Freiberg-Deberan) in den Reichstag, wo er zwei Reden, gegen das Pressegesetz und gegen das Hilfskassengesetz, hielt. Auf verschiedenen Kongressen der Partei fungierte er als Vorsitzender und war in hervorragender Weise für die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien tätig. In Hamburg erhielt er als Kandidat des ersten Wahlkreises 1877 beinahe 9000, 1878 über 10.000 Stimmen. Ueber seiner geistigen Tätigkeit hat er nie die praktische vergesseln. Er hat das Genossenschaftswesen mit Vorliebe gepflegt. Sein Geschäftsbüro war mit der Zeit zu einem förmlichen unentgeltlichen Auskunftsbureau für das Volk geworden, das zu seinen Kenntnissen, seiner Einfachheit und seinem guten Willen unbegrenztes Vertrauen besaß. Er arbeitete oft halbe Nächte durch unentgeltliche Eingaben und Fragechriften für unbedeutende Leute aus. Genossen, die auf ihrer Reise Hamburg durchzogen, suchten Geib in erster Reihe auf. Auch Karl Marx weilte bei ihm einstmals, mit Lieblichkeit und Bebel stand er in engem Verkehr.

In dieses schöne und reiche Leben griff plötzlich der Tod mit rauher Hand hinein. Ein Herzschlag machte dem Leben ein Ende, bevor es einer herausragenden städtischen Krankheit erlag. Was Geib der Partei, namentlich den Hamburgischen Genossen, war, gehört der Geschichte des kämpfenden Proletariats an; sein Leben anknüpfend der fünfzigjährigen Widerstand seiner Todesstages den klüglichen Genossen als warnendes Vorbild kurz zu schildern und seiner Verdienste um die Partei in Dankbarkeit und zu erinnern, war der Zweck dieser Zeilen.

„Offenbacher Abendblatt“

**Aus aller Welt.**

„Finbigkeit“ der Post. Man schreibt der „Frankfurter Volksstimme“: So regelmäßig wie in den Bestellungen im Sommer die Erzählung von der Seefähigkeit ansteht, machen auch die erbaulichen Geschichten von der Finbigkeit der Post die Runde durch den deutschen Wäldterwald. Es erzählte kürzlich von einer Postkarte mit der Adresse: „An meine Braut Hedwig in Babhausen“, die trotz ungenügender Aufschrift an die richtige Person bestellt wurde.

Als Gegenstück zu unseren Lesern folgende Geschichte, deren Wahrheit verbürgt ist, nicht vorzuziehen. Dem Frankfurter Postamt herrscht die Geklogenheit, viele Umgebungen mit ungenauer Adresse, hauptsächlich in Fällen, wo es sich um Vereine und andere Körperschaften handelt, mit dem Vermerk: „Gewerkschaftshaus fragen“ zu versehen und sie dahin zu schicken. Dort erhält man in der meisten Fällen die genügende Auskunft, und so bewahrt sich die Post den Ruf der Finbigkeit. Kam da in den letzten Tagen ein Telegramm mit der etwas unklaren Adresse: „Präsident von Scherenberg, Frankfurt M.“

„Präsident“? — das ist der Vorsitzende eines Vereins! „von“ Scherenberg? — bei der Tatsache, daß verschiedene Vereine „von“ Mitgliedern, wohl gar Präsidenten von Arbeitervereinen sind — Beispiele: von Volkmar, von Elm — ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Adressat Präsident eines der vielen Arbeitervereine sei, die im Gewerkschaftshaus ihr Heim haben, oder daß man dort etwas davon wissen müsse. So mochte etwas der Gedankengang des diensttuenden Beamten sein, und so kam das Telegramm richtig in's Gewerkschaftshaus.

Dort konnte man zwar einen Präsidenten von Scherenberg nicht, doch bedeutete man dem Boten, daß das Telegramm „möglichst weiter“ für — den Polizeipräsidenten bestimmt sei. Die postalische Auskunftsstelle hatte sich wieder einmal bewährt, und bei der vielgerühmten „Finbigkeit“ der Post ist nicht daran zu zweifeln, daß das Telegramm trotz der etwas ungenauen Adresse an den Richtigen gelangte.

Eine eifrige Kirchenbesucherin. Die katholische Kirche hatte sich die vielfach vorbestrafte und verurteilte Adolphine Malachowski, die vor der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts II stand, als Operationsfeld für ihre Diebstähle ausgesucht. Als am 8. Juni der Gottesdienst in der St. Mathiaskirche in Schöneberg beendet war, lagte die Frau Apotheker G. dem Küster, daß während der Predigt ihre Pompadour, den sie neben sich auf den Sitz gelegt hatte, von diebischer Hand geraubt worden war. Es fehlten ein Postmonnaie mit 11 Mark Inhalt und einige andere Kleinigkeiten. Der Küster erwiderte, daß dies innerhalb kurzer Zeit der dritte Fall sei, daß herartige Diebstähle vorkommen, jedenfalls sei ihre Pompadour die Täterin gewesen. Es gelang der Frau G., diese unter der hinwärtstömenden Menge herauszufinden, man hielt sie an und fand

§ 20. Die Gründung von Landes-Organisationen für einzelne Bundesstaaten und Provinzen ist empfehlenswert.

Der Partei-Vorstand hat das Recht, einen Teil seiner Geschäfte der Landes-Organisation mit deren Zustimmung zu übertragen und überweist ihr dann einen entsprechenden Teil der aus ihrem Bezirk kommenden Einnahmen. Bei Streitigkeiten entscheidet die Kontroll-Kommission in zweiter Instanz der Partei.

Verzicht der Mitgliedschaft.

§ 21. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer erlosenen Forderung schuldig macht.

Ueber die weitere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichtes kann nur durch eine Partei-Organisation gestellt werden.

Die Hälfte der Mitglieder wird von der Organisation benannt, die den Ausschluß beantragt, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Dem Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteiles die Berufung an die Kontroll-Kommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Partei-Vorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschliefung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Partei-Genossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Änderung der Organisation.

§ 22. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Partei-Genossen gelangen.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung erklären.

Die Versammlung schloß sich der Ansicht des Vortragenden an, daß ein allgemeines befriedigendes neues Organisationsstatut nur entworfen werden kann, wenn eine Kommission, bestehend aus Vertretern aller wichtigen Bundesstaaten und Provinzen, dasselbe ausarbeitet. Um jedoch der Parteitagsarbeiten für die Zentralisation einen bestimmten Mittelpunkt zu geben, soll zunächst der vorliegende Entwurf dem Parteitag zur Beratung vorgelegt werden. Änderungen in Einzelheiten behält sich auch der hiesige Verein vor.

Der Entwurf lehnt sich an das bisher bestehende Organisationsstatut für die Partei möglichst eng an und übernimmt aus den Satzungen der bayerischen, badischen, württembergischen und niederrheinischen Landesorganisationen jene Bestimmungen, die für einen Zentralverband unseres Erachtens von Nutzen sind. Grundgedanke ist die Verbindung der Zentralstelle mit den Orten. Die Zwischenglieder, Wahlkreise und Landesorganisation, die sehr notwendig sind, treten in die zweite Linie. Sie können heute nicht weiter in den Organisationsbau einbezogen werden, da ihre Verhältnisse in den verschiedenen Landesstellen total verschieden geregelt sind. Zunächst wird die Verbindung zwischen Zentrale und Ort das Durchführbare darstellen. Wo Wahlkreise mit einheitlicher Leitung und einheitlichen Beiträgen ohne besondere Ortsvereine bestehen, übernimmt der Hauptzweig des Vereines die Rolle des Bezirkes.

Zunächst ist eine Bestimmung, daß alle sozialdemokratischen Vereine Deutschlands sich bis zu einem bestimmten Tage in Ortsgruppen des Zentralverbandes umwandeln müssen. Die verwaltungsmässigen Bestimmungen über den

Verkehr zwischen Hauptort und Filiale, besonders über den finanziellen Verkehr, gehören nicht ins Organisationsstatut, sie bleiben besonderer Festsetzung vorbehalten. Es empfiehlt sich ebenfalls nicht, die Frauenbeteiligung am Parteitag im Organisationsstatut zu erwähnen. Je nach der Lage des Parteiorstes werden Erleichterungen oder Erschwerungen aus gesetzlichen Gründen Platz greifen, es empfiehlt sich deshalb nicht, im Organisationsstatut darüber etwas festzulegen.

Falls der Parteitag in Bremen noch nicht dazu kommt, die Zentralisation einzuführen — was sehr wahrscheinlich ist —, empfiehlt der Breslauer Verein zur Vorbereitung der selben folgendes:

- 1. Annahme des Vorstands-Vorschlags: Soweit nicht zwingende Gründe es zunehmlich machen, muß jeder Parteitagstheilnehmer eine sozialdemokratische Vereins-Organisation sein.
2. Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Organisationsstatuts, welches drei Monate vor dem nächsten Parteitag veröffentlicht werden muß.
3. Den Genossen wird empfohlen, an allen Orten sozialdemokratische Vereine zu gründen und in Wahlkreis- und Landesorganisationen von Unterbau für den sozialdemokratischen Zentralverband zu errichten.
4. Die Organisationsfrage als 4. Punkt auf die Tagesordnung des Bremer Parteitages zu legen. (Antrag Eisen).
Die weitere Bearbeitung siehe in dem Versammlungsbericht des Sozialdemokratischen Vereines in heutiger Nummer.

Der Königsberger Prozeß

wurde durch den Genossen Karl Sieblich in einer imposanten Berliner Volksversammlung besprochen. Der Versammlungssaal, das 'Kulturtheater' in der Wolfenbüttelstraße, war von 7 Uhr vollstündig erfüllt. Über 7000 Arbeiter, Männer und Frauen, füllten das Auditorium sowie die beiden Galerien des Saales bis auf den letzten Platz. Bald nach 7 Uhr öffnete die Polizei die überfüllten Türen. Vor dem Versammlungssaal und in den umliegenden Straßen stauete sich die Menge, die keinen Einlaß in den Saal mehr fanden. Die nach Tausenden zählende Menge, welche nach der polizeilichen Abberaumung drängte, war mindestens ebenso groß, wie die Zahl der im Saal Anwesenden.

Im bedrückendsten Gedränge und unter dem Druck einer furchtbaren Hitze hatte man das Podium der Versammlung. Die Gespräche, welche unterdessen von verschiedenen Gruppen geführt wurden, drehten sich um den Gegenstand der Tagesordnung, und die Urteile, welche man hier aus Volksmund über das Kunterbunte des Prozeses über den Reichstagsmitgliedern hörte, waren ein durchgehendes Loblied auf den Kampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Genossen Doppel, und neben ihm lag im Bureau einer der in Königsberg verurteilten 'Gefährlichen', Genosse Paegel.

Als Genosse Sieblich den Saal betrat, wurde er mit einem begeisterten Empfang von Seiten der Versammlung empfangen.

Im reichhaltigen Rede reicherte der Referent ein aufschauliches Bild sowohl der Sachlage des Prozeses, sowie von den Verhandlungen vor der Versammlung. Mit ungewöhnlich lebhaftem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners und gab an dem für die Abhandlung des Prozeses bezeichnenden Darstellungen eine hervorragende Teilnahme. Der Redner durchdrang den Prozeß von allen Seiten und ließ die Zuschauer durch die Schilderung der Umstände der Verurteilung der Genossen Paegel und Sieblich, sowie der Verurteilung des Genossen Paegel, ein lebhaftes Interesse an dem Prozeß entwickeln. Der Redner beschränkte seine allgemeinen Ausführungen nur auf die im Grunde der Sache liegenden Gründe, die das Verbrechen der Sozialdemokratie, der man im Interesse des öffentlichen Friedens eine Niederlage hätte bereiten wollen. Ein Sturm der Entrüstung durchdrang jedesmal den Saal, wenn der Redner eine der vielen unheimlichen Einzelheiten des Prozeses vortrug. Besonders häufig wurde es, als er erzählte, daß eine in den Reichstagsmitgliedern erhaltene Reminiscenz des Sozialministers besagte: 'Bei dem Prozeß, welches der Justizminister dem Prozeß entgegenbringt, hätte ich Sie, mein verehrtester Herr, mit der Unternehmung zu betrauen.'

Alle die hier und während des Prozeses bekannt gewordenen Unrechthaltungen über der Redner Rede rauchten, und die Versammlung erregte durch ihre heftigen Einwürfe alle diese Vorwürfe eines unheimlichen und schändlichen, wie die schändlichsten in Rußland beobachteten Zustände, die der Referent soweit sie mit dem Prozeß in Zusammenhang stehen, erwähnte.

Als der Referent den Beginn der Volksversammlung ließ der Saal aus dem Aufbruch und mit ihm die begeisterten und nicht minder energiegeladenen Diskussionen, welche der Erklärung und Bekämpfung des Verurteilten über die Höhe liefen. Und das Urteil, welches die Versammlung über den Prozeß und sein rechtliches Schicksal sprach, war ein durchgehendes Loblied auf die Kampfgegenstände des Prozeses, die im Königsberg am Prozeß

besten durchsicht die Kunde davon: Metzger, der Wirt und von Dina, ist gerichtet worden. (Ebenfalls Weisfall, der längere Zeit anhält.) Nicht einer hat ihm eine Krone nachgeweiht. (Bravo.) Es war eine Tat, schrecklich und entsetzlich, aber alle, die unter der Schreckensherrschaft des Blutbades litten, atmeten erleichtert auf. Ein ehrenhaftes Andenken dem Attentäter, wenn wir auch seine Handlung nicht billigen können. Das praktische Resultat des Prozeses ist das, daß jeder freie Deutsche erklären muß: Ich habe es für meine Pflicht, den russischen Freiheitskämpfern zu helfen, und jeder Parteigenosse muß sich verpflichten, die Bestrebungen der russischen Parteigenossen durch Einschickung von sozialdemokratischen Schriften zu unterstützen. (Stürmischer Beifall.) Nicht nur jeder Parteigenosse, sondern auch jeder freie Deutsche muß dazu beitragen, daß die Papiere des Despotismus gekürzt werden und wie bald rufen können: Der Zarismus ist tot, es lebe die russische Freiheit! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Nach dem Vortrag nahm Genosse Buchholz, als Zeuge aus dem Königsberger Prozeß bekannt, das Wort. Unter lebhaftem Beifall kennzeichnete er an einzelnen Beispielen die Treue seiner russischen Landsleute mit bewogenen Worten und sprach die Erwartung aus, daß die deutschen Parteigenossen ihre russischen Brüder bei der Bekämpfung der russischen Unterdrückung unterstützen werden.

Nachdem auch Genosse Paegel in wenigen Worten den Prozeß gekennzeichnet hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht dem Genossen Sieblich für seine eingehende Darstellung des Königsberger Prozeses ihren Dank aus. Die Versammlung bedingt den Angeklagten und Verurteilten ihre volle Sympathie und anerkennt die aufopfernde Arbeit der Parteigenossen, wodurch es möglich geworden ist, der gesamten Welt und gebildeten Welt des Russen in seiner Nacktheit zu zeigen und die Brutalität und Barbarei seiner Taten und Stützen ans Licht zu ziehen.

Die Versammlung fühlt sich eins mit dem unterdrückten und nach Freiheit dürstenden russischen Volk und verpflichtet sich zur Unterstützung ihres Bestrebens zur Erringung westeuropäischer Kultur. Insbesondere ist die Versammlung der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie, um den Wahlen des § 128 des Strafgesetzbuches zu entgegen, in ihrer Organisationsstatut eine Bestimmung aufnehmen muß, nach der es Pflicht jedes organisierten Sozialdemokraten ist, bei dem Transport von russischen, in Deutschland nicht verbotenen Schriften mitzuwirken, und die russischen Freiheitskämpfer zu unterstützen.

Die Versammlung wurde mit begeisterten Hochrufen auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Der Ertrag der Volksversammlung soll den russischen Genossen überwiesen werden.

Die christlichen Gewerkschaften.

Seit einigen Jahren spielen die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung Deutschlands eine, wenn auch keine rühmliche Rolle. Besonders haben sie ihre Tätigkeit am Rhein entfaltet und sie war derart, daß mancher Streit verloren ging. Neuerdings werden diese Verbände in Westfalen selbst in Streiks gedrängt und während sie sonst gut verstanden, an den Erfolgen der freien Gewerkschaften teilzunehmen, wenn solche trotz der heimtückischen Tätigkeit der christlichen Orten selbst um die Existenz ihrer Organisation kämpfen. Durch dieses Vorgehen der Scharfmacher und durch die wirtschaftliche Entwicklung wird den christlichen Arbeitern auch Klassenbewußtsein eingebläut und mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Arbeiter schließlich zu ihren Arbeitskollegen in den Reihen der freien Gewerkschaften stoßen werden. Die katholische Geistlichkeit, besonders die höhere, sieht das ein und deshalb ist ihr die christliche Gewerkschaft, von ihr auch die interkonfessionelle genannt, ein Greuel. Von ihrer Seite wird die katholische Gewerkschaftsbewegung protegiert, die aber vorläufig noch weniger den Gemütern als die christliche. Nach dem oben herangegebenen Bericht sollen die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1903 eine Mitgliederzahl von 203.161 aufzuweisen gehabt haben. Es sei ein Samachs von 13.261 Mitgliedern zu verzeichnen gewesen. Diese Zahlen sind absolut irreführend, weil die Christlichen zwei Sorten Gewerkschaften zählen, der eine Teil ist dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angeschlossen, während der andere Teil nur lose mit dem ersten zusammenhängt; er läßt sich nur auf dem christlichen Gewerkschaftskongress vertreten. Es handelt sich aber auch hier garrnicht um Arbeiterorganisationen, sondern um Post- und Eisenbahnbeamten-Verbände, Straßenmänner-Organisationen und dergleichen, die laut ihrer Abrechnung keinen Pfennig an Streik- oder

der nächsten Uhr wieder im ihrem Besitz. Der Gerichtsrath hat auch die weiteren Verfügungen zu haben, ein Verbot der Veräußerung und nicht erstattet werden. Auf die Frage des Beschlusses muß die als Grundbedingung in der katholischen Kirche an ihm habe, erwiderte die Appellante, daß sie mit dem Gebrauche eines katholischen Kirchen überstimmen. Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis, wobei drei Wochen durch die eintretende Unterdrückung ausgesetzt werden können.

Urtitel bei einer militärischen Nachschau. Aus Jäger-Verfahren wurde ergriffen: Ein einzelner militärischer Stand wurde bei der Nachschau, die vom 16. September ab durchgeführt wurde. Als einer der Jäger beim Gebrauche eines neuen Patronenbüchsen der blühenden roten Patronen im Ansehen in den Händen des Jägers ein so schwer, daß er beim Laden in ein Kaminrohr gedrückt wurde.

Die 'Schlinge' des Stabes. Aus Göttingen wird berichtet: Ein hübscher Stab mit seinen Kommissionen gewährt, daß er sich bei dem Abzug von 24 Stunden vorziehen sollte, mit 'schwarzen' Schlingen bedeckt. Da der Jäger der Revolver nicht bemerkt und der Jäger schon bedenklich seinen Kopf zum Aufschlag brachte, als er in der Hand des Jägers ein Gewehr sah. Er hätte sich eines wilden Menschen bedient, der hier ganz Ruhe und in der Ansicht auf eine unheimliche Bestrafung der 'Schlinge' jungen Mann nach einem Regier der Polizeibehörde des Gerichts verurteilt. Dann noch ein Paar über den Schädel und fertig war die Arbeit. Als der Stabwache nun mit einem Messer auf der Hand erschien, soll man ihm zwar etwas eigenmächtig von der Seite ansprechen haben, aber daß ist ihm nun folgenden Gelage liegen blieben.

So geschah im 20. Jahrhundert in der Unersitzlichkeit Göttingen. Der Gehalt der deutschen Wirtschaft. Ein gewaltiger Streik ist in dem letzten Winterbeispiel an der Hauptstraße verübt worden. Dieser Tage stand im Hause des Schöpfers Streif ein Brand aus, der bald das ganze Gebäude umschloß. Da nach während des Brandes Hilferufe vernommen wurden, sah man, sobald der Feuerwehler die Entzündung erloschen war, nach und nach auf dem Boden die auf einer Terrasse liegende röhrlige Reste des Schöpfers des Bauherrn, eines jüdischen Mannes namens Seher. Die weitere Nachschau ergab, daß der Mann einen Brand schloß, ferner fand man verbrannte Gerichte, die an den Schichten der Deckplatte hängte waren. Es wurde sofort ein Bestreuen gemahnt, und der Beschädigte richtete sich gegen Seher, einen gewissen Mann, dem sein Schöpfer schon längere Zeit war. Seher hat ihm schon einmal mit einer Krone die Haare zerkratzt, und wegen der im letzten Dezember wegen Schicksals des Streik mit der Beschäftigung verurteilt worden. Es kam Streit bei Seher bei Schlichtung der Sache

gekommen sind oder sich nach seiner Ermordung, was nicht mehr zu ermitteln. Der Stand ist jedenfalls angelegt worden, um den Streik zu verhindern.

Was Fliesen in die Nacht geschlagen wurde jüngst ein Unteroffizier von den Soldaten in Potsdam, der sich auf einem Dienst im Kreis Potsdam befand. Auf der Straße in der Höhe von Potsdam wurde er von einem Soldaten mit einem Hammer auf dem Kopf geschlagen und in seiner Hand mit einem Messer und von dem Mann nicht mehr zu bändigen war. Die Wunde wurde schließlich abgewaschen und das Verletzten in ein Krankenhaus verbracht. Ein am folgenden Tage wurde es von Soldaten einbezogen.

Durch viele und tollwütendste Tiere sind nach einer Anzahl der Polizeimitarbeiter im letzten Jahre in Potsdam 307 Personen verletzt worden und zwar 211 männliche und 96 weibliche. Die Verletzungen wurden durch 194 Tiere (183 Hunde, 9 Katzen, 2 Schweine und 1 Ferkel, Schafe und Ferkel) verursacht. 251 der Verletzungen (127 1/2 Proz.) wurden durch Hunde, 34 durch Katzen und 24 durch Schweine verursacht (11 1/2 Proz.). Deswegen der Behandlung der Verletzungen mit der Polizeibehörde ist bekannt, daß eine gewisse Anzahl Verletzungen hat auch das Verbot der Behandlung der Verletzungen wieder eine weitere Zunahme gegen.

Ein verurteilter Schwerverbrecher. Aus Riga wird gemeldet: Der Herr August Polshko, der als Schwerverbrecher, Schläger, Mörder und Schmutzflüchter in der letzten Gegenwart verurteilt, beschloß auf ein wenig Ruhe. Polshko hatte sich mit ausnehmend grobem Wesen auf zwei Stühle und feste sich zum 5. Dezember brach und 70 Personen kamen gegen in die Stadt. Polshko wurde Polshko das Gericht und führte mit dem Degen in der Spektakel zu Boden. Das Publikum war so erregt, daß niemand niemand zu Hilfe kam. Als endlich ein Mann den Schwerverbrecher den Degen herunter, ergriff ein Mann hinter dem Manne Polshko. Der Degen hatte die Eingeweide durchbohrt. In dem Augenblicke Polshko wird gemeldet.

Ein Wesen mit drei Fingern in eine Schlinge geriet. Aus Riga wird gemeldet: Der Herr August Polshko und der Herr August Polshko waren von einem Mann nach Riga in den letzten Tagen. Unterwegs stiegen die Pferde, so daß das Gespann mit den Fingern in eine etwa 50 Meter hohe Schlinge geriet. Der Herr August Polshko war sofort mit, während Polshko und der Herr August Polshko Verletzungen erlitten. Es sind während dieser Arbeit beiden Menschen und die Pferde des Gespanns getötet worden. Durch einופן geschworenen Schicksal wurde in Riga drei Personen getötet und eine dritte leicht verletzt. Der

junger Erwel lenkte ein vor einen leeren Geschäftswagen gelegtes junges Gebrannt. Die jungen Tiere gingen durch und der 43 Jahre alte Erwel wurde vom Wagen geschleudert, der ihm über den Kopf ging. Die weiterlaufenden Pferde warf sich der 27-jährige Küster Otto Franke entgegen, dem das gleiche Schicksal wie Erwel beschieden war. Er wurde umgerissen und der Wagen ging ihm über die Brust. Schutzmänner brachten ihn nach der Unfallstation 9, wo er nach einigen Minuten starb. Die Tiere rannten weiter, Schutzmänner hinterher, und der eine wurde bei dem Versuch, sie anzuhalten, eine Straße weit geschleift. Am Neuen Tor kamen endlich die wilden Pferde zu Fall und konnten eingefangen werden.

Großer Brand. Das im Kreise Landsburg gelegene Dorf Meisen ist zur Hälfte niedergebrannt. Etwa 20 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Vom Verfallener Lager war eine Kompanie Infanterie zur Hilfeleistung herangezogen worden.

Zwischen einem Andre. Der Zeitung 'Verdens Gang' zufolge hat ein Kapitän aus Lombar eine Flaschenpost von Andres Selatjebildon gefunden. Die Flasche, die bei einer kleinen Insel nördlich von Spitzbergen gefunden wurde, enthielt einen von 1898 datierten Brief. Räuber über dessen Inhalt ist erst nach einem Monat zu erwarten. Viele von diesen Nachrichten haben sich nicht bemerkt. Auch diesmal kommt dieselbe wieder in der Sommerzeit, das ist kein gutes Zeichen.

Stich bei einem Feuerwerk. Dem 'Lammboten' zufolge vernichtete in Hamburg v. d. H. der Gehilfe des Feuerwerkers Schuber beim Fällen von Raketen mit Leuchtgas. Es erfolgte eine heftige Explosion. Dem Verunglückten wurde der linke Arm und einige Finger der rechten Hand abgerissen, außerdem wurde er am Unterleibe schwer verletzt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Einen Arbeiter verunglückt. Ein Telegramm aus Eisen a. M. meldet: Im Krupp'schen Schmelzwerk verunglückte ein Arbeiter, dessen Arm bei einer schweren Verletzung schwer verletzt wurde. Ein heftiger Brandbrunn wüthete in dem preussischen und schlesischen Beren zwischen Danneberg, Collnig und Woblan. Bis zum Abend waren 3000 Morgen in Flammen, ohne daß das Feuer zum Stillstand kam. Bei der Löschung sind vierhundert Mann des sauer Militär, Feuerwehler und freiwillige Mannschaften tätig. Auf dem Wege gekürzt? Am 1. August, Morgens gegen 4 Uhr fand ein Dampfweiser ungefähr 10 Minuten vor der heutigen Station entfernt den Leutnant Peysich vom 1. Bataillon des 1. schlesischen Infanterie-Regiments Nr. 66 schrecklich verwundet auf. Peysich war mit mehreren Kameraden zum Besuche in Gies und beehrte zur Heimkehr den letzten Zug. Auf welche Weise der Unfall aus dem Auge gekürzt ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Seine Kameraden hatten ihn erst in den Weg vernichtet.

Gemafregelten-Unterstützung zahlen, überhaupt zumest nur Unterstützungs- oder Bergütungsvereine sind, also gänzlich auscheiden. Die eigentlichen Gewerkschaften führten am 1. April 1904 in ihren Mitgliederlisten:

Bergarbeiter . . . . .	41,900	Schreiber . . . . .	1,272
Textilarbeiter . . . . .	17,480	Malter und Anstreicher . . .	1,174
Bauhändler . . . . .	8,331	Seramische Arbeiter . . . . .	869
Metallarbeiter . . . . .		Brotbacker . . . . .	950
(St. Duisburg) . . . . .	7,325	Kranenpflözer . . . . .	260
Dollarbeiter . . . . .	5,100	Bäder . . . . .	204
Nichtgewerliche Arbeiter . . .	4,683	Ein- und Zinkerbeiter . . . .	525
Feinmechaniker . . . . .	2,217	Uhrenarbeiter . . . . .	394
Tabak- u. Zigarrenarbeiter . . .	2,223	Bayerisches Kartell . . . . .	998
Schub- u. Federarbeiter . . . . .	1,696	Arbeiterschutz Freiburg . . . .	193

Es handelt sich also um ca. 96.000 Mitglieder, aber auch diese Zahl ist mit äußerster Vorsicht aufzunehmen. Wir tun den Christlichen kein Unrecht, wenn wir auch hienach den dritten Teil für Ehrenmitglieder und solche, die vielleicht schon lange Zeit keine Beiträge leisten, abziehen.

An Einnahmen hatten diese Organisationen eine Summe von 678,252 Mark zu verzeichnen. Bekannt ist, daß die christlichen Gewerkschaften auch reiche Gönner haben, die sie mit Geldmitteln unterstützen. Das können die Führer nicht abstreiten, denn einer der Ihrigen, der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, August Brunt, hat es noch vor einiger Zeit in einer Besprechung von Bergleuten in Schaumburg-Lippe bestätigt. Aus diesem Grunde kann auch aus den Einnahmen die Zahl der Mitglieder nicht festgestellt werden. Die Ausgaben der obengenannten Gewerkschaften beliefen sich auf 552,448.94 Mark, von dieser Summe entfielen 155,300 Mark auf Streik- und Gemafregelten-Unterstützung, während die übrigen 397,148.94 Mark auf Verwaltung und Agitation zufließen.

Eine merkwürdige Erscheinung ist die große Anzahl besoldeter Beamten in den christlichen Gewerkschaften. So hat z. B. der verhältnismäßig schwache Textilarbeiterverband mindestens acht besoldete Beamte, während noch eine Anzahl Mitglieder mit zeitweiser Entschädigung für den Verband tätig ist. Ein vollständiger Umschwung der Verhältnisse! Dieselben Leute, die vor gar nicht langer Zeit fortwährend von einem Verprechen der Arbeitergroßen durch die angebotenen in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie faselten, sind jetzt selbst gezwungen, eine Menge Beamte anzustellen.

### Das Attentat auf Plehwe.

Vom dem Attentat entwirft die „Birshewija Wjedomosti“ folgendes Bild:

Am Morgen des unheilvollen Tages war ein junger Mann in der Uniform eines Bahnbeamten in den Restaurationsaal des Hofbahnhofs „Borislawskaja Gossinniza“ getreten, hatte ein Glas Tee und ein Nischschen Wein bestellt, wuschte beides gut aus und leerte das Glas auf einen Zug. Wiederholt blickte der Unbekannte auf seine Uhr, sprang plötzlich auf und stürzte aus dem Saal hinaus. Auf der Straße verlor er sich an der Ecke eines Hauses, offenbar das Haus der Equipage des Ministers erwartend. Als der Wagon in seine Nähe kam, führte der Verbrecher vor, indem er eine Bombe von zylinderförmiger Form in der Hand schwingte. Ein Beamter der Detektivpolizei, Herr J. Hartmann, der die Equipage des Ministers begleitete, richtete sein Fahrrad auf den Attentäter und warf ihn zu Boden, wobei Herr Hartmann selbst stürzte. Diesen Moment benutzte der Mörder, um sich ein wenig vom Boden aufrichtend, die Bombe in den Wagon des Ministers zu schleudern. Der Wagon der Warschauer Bahn Graf Tatitschew und mehrere Revieraufseher stürzten nach der Explosion heraus und haben den Minister blutüberströmt, ohne Lebenszeichen, auf dem Boden liegen. Graf Tatitschew zog rasch seinen Mantel aus und bedeckte damit den Verstorbenen. Der Verbrecher wurde verhaftet und von einem Revieraufseher in ein Zimmer des Hofbahnhofs gebracht, wo man ihm einen sechsständigen Revolver abnahm. Der Mörder ist ein junger Mann mit blondem Bart- und Schnaubhaar und nannte sich Porosnew.

Die russische Polizei hat natürlich schon die „Spuren“ der terroristischen Verchwörung entdeckt und maßenhaft Verhaftungen von Unschuldigen vorgenommen. Die Petersburger „Nowoje Wremja“ meldet:

„Bei seinem letzten Verhöre erklärte der Attentäter, er gehöre der terroristisch-revolutionären Partei an und habe der Anwendung des Komittees Folge geleistet, welches den Tod Plehwes verurteilt habe.“

Und der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus St. Petersburg, 30. Juli:

„Die Polizei ist einem weidwärtigen nihilistischen Geheimbunde, dessen Mitglieder auch bei der Ermordung Plehwes aktiven Anteil genommen, auf die Spur gekommen. Die Häupter dieser Verchwörung führen alle ins Ausland. In den letzten drei Tagen wurden mehrere hundert Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten werden größtenteils in die Schlüsselburg gebracht, da die Bezirksgefängnisse überfüllt sind. Nach der Erhebungen der Polizei ist es erwiesen, daß der Attentäter Mithelifer hieß.“

Eine anderweitige Meldung aus St. Petersburg, 30. Juli besagt:

„In der Familiengruft eines hohen Hofwärtenträgers auf dem Friedhof der Predwabskenschen Kathedrale wurde in der verwichenen Nacht ein Sprengbombe unter Agitation entdeckt, welches offenbar der Revolutionsspartei gehört. Man fand darin 10 Sprengbombe von der Art derjenigen, mit welcher Plehwe getötet wurde. Der Name des betreffenden Hofwärtenträgers wird vorderhand geheim gehalten.“

Das meiste von diesen Erzählungen ist sicher von Polizeimenschen und phantasierenden Köpfen erfunden. Die Petersburger Polizei gibt folgende Liste der bei dem Attentat verletzten Personen:

- 1) der Kommandeur der Kompanie St. Majestät vom Semjonowischen I.-G. Regiment ist schwer am Kopfe verwundet (Bruch des linken Schläfenknöchels) und befindet sich zur Zeit im Alexander-Hospital; 2) der Lazarettmediziner der 37. Inf.-Division Friesenberg ist leicht im Gesicht und am Kopfe verletzt (befindet sich im Alexander-Hospital); 3) der Bauer Iwan Schragow, 33 Jahre alt, ist leicht am Handgelenke verwundet und wurde nach Erteilung ärztlicher Hilfe nach Hause entlassen; 4) der Bauer Afanassijew ist leicht an der Hand, an der Hüfte und an der Augenbraue verletzt und ebenfalls nach Erweisung ärztlicher Hilfe nach Hause entlassen worden; 5) die Bäuerin Olga Timofejewa, 54 Jahre alt, hat unglückliche Kontusionen an den Beinen erlitten und befindet sich im Alexander-Hospital in Behandlung; 6) die Enkelin der Timofejewa Anna Jegorowa, ein dreijähriges Kind, ist leicht im Gesicht verwundet und befindet sich ebenfalls im Alexander-Hospital; 7) der Kadibauer Friedrich Hartmann, 29 Jahre alt, hat unglückliche Verletzungen im Gesicht erlitten und konnte nach erster ärztlicher Hilfeleistung entlassen werden; 8) der Kutischer des Ministers, Iwan Filippow, 32 Jahre alt, wurde

schwer am Kopfe verwundet und ist im Krankenhause verstorben; 9) der Kontistikler Wassilioschki und 10) der Dreifachstischer Philipp Krainow, beide leicht verletzt.

Es ist bedauerlich, daß auch diese Unschuldigen zu Schaden kamen.

Der Petersburger Korrespondent der „Breslauer Zeitung“ schreibt unter dem 16./20. Juli: Trotz des fürchtbaren Einschusses, den die gestrige Ermordung des Herrn von Plehwe gemacht hat, haben diesmal die Administrationsbehörden sehr schnell gearbeitet. Vor allen Dingen lag ihnen daran, daß die Presse feste, die Regierung unterstützende und die auf-geregte öffentliche Meinung beruhigende Artikel bringe. Sechs Stunden nach der Ermordung Plehwes wurden bereits die Vertreter sämtlicher Residenzzeitungen bei dem Chef der Oberprokuratur, Geheimrat Swerew, versammelt, welcher sich bemühte, den Redakteuren auseinanderzusetzen, daß Russland in Plehwe nicht nur einen hochbedeutenden, sondern einen durch und durch fortschrittlichen Staatsmann verloren habe. Wenn Plehwe noch ein bis zwei Jahre gelebt hätte, so würde er Russland so viel Wohltaten erwiesen haben, wie man es sich jetzt nicht einmal vorstellen könne. Was das für „Wohltaten“ sind, die nach dieser geheimnisvollen Mordthat Herr v. Plehwe für Russland in petto gehabt haben soll, das kann sich niemand vorstellen, und daher macht sich in den Pressekreisen bezüglich der Beurteilung der ministeriellen Tätigkeiten Plehwes bei vielen großen Blättern eine gewisse Zurückhaltung geltend, wenn natürlich auch alle Blätter in einer scharfen Beurteilung des Attentates einig sind. Nur einige Blätter, die sofort tanzten, wenn gepfeffert wird, haben es auch über sich gewonnen, von einem wunderbar konsequenten System der inneren Politik Plehwes zu sprechen.

### Partei-Angelegenheiten.

Die Genossen in Maadeburg haben in der General-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Maadeburg auch über den Parteitag debattiert und den Antrag, die Entscheidung auf die Tagesordnung zu setzen, angenommen, ebenso einen Antrag, daß die persönlichen Angelegenheiten auf dem Parteitag in einer Kommission behandelt werden sollen. Der Bursauer Antrag, die Delegierten wählten für völlige Arbeitserbute am 1. Mai stimmen, wird ebenfalls angenommen. Der Antrag, den internationalen Kongress zu beschicken, wird gegen 10 Stimmen angenommen. Als Delegierte werden hierauf erwählt Genosse Vaber für den Kongress in Amsterdam und die Genossen Haupt und Baber für den Parteitag in Bremen.

Anton Grablowic, einer der ersten Pioniere der Sozialdemokratie in der slowenischen Arbeiterschaft, ist am vergangenen Mittwoch in Laibach verstorben. Bei der Arbeiterschaft in Krain und Südkrainermark und bei den Bergarbeitern der Alpenländer erweckte sich Grablowic unbedingten Vertrauens und großer Beliebtheit. Einheimischen und Arbeitsüberbürdung schwächten jedoch seinen ohnehin nicht sehr kräftigen Organismus allzu früh und gerüttelten sein Nervensystem herab, daß er vor einigen Jahren, erst unmittelbar der Dreißiger lebend, gänzlich arbeitsunfähig wurde und auch seinen Posten in der Organisation aufgeben mußte. Erst kürzlich schien er hoffnungsvoll dahin. Nur hat der Tod ihn von seinem schweren Leiden erlöst und diesem Proletariatleben, das keine Mühe und keine Ruhe kannte, das seit er zu denken vermagte, der Bevölkerung gewidmet war, ein Ende gemacht. Der Name Grablowic wird vor der österreichischen Arbeiterschaft nicht vergessen werden.

Einem hübschen Gemeindevorsteher gelang es, unsere Parteienglieder bei den Bürgerwahlen in Baalisch-Reinbühnen zu gewinnen. In der 3. Klasse legte die sozialdemokratische Liste mit 39-42 Stimmen. In der 2. und 1. Klasse hatten die Nationalliberalen. In der 3. Klasse hatten für die 2. Klasse ebenfalls eine eigene Liste aufgestellt. Infolge Unleichheit der Stimmzettel wurden aber auf die sozialdemokratische Liste nur sehr wenig Stimmen abgegeben. Immerhin dürfen unsere Rheinfelder Genossen stolz sein auf den ersten Wahlerfolg, den sie erringen haben.

Die sozialdemokratische Partei in Luxemburg eroberte bei einer Erwahl das 6. Mandat für die Abgeordnetenkammer, die im ganzen 48 Mitglieder zählt.

### Arbeiterbewegung.

Die Ausbreitung in den Untertageorten dauert nach sechzehn Wochen nicht nur unverändert fort, sondern die Unternehmer sind auch bewußt, die Zahl der Ausarbeiter noch zu vermehren. Waren es Anfangs nur Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, so sind diesen bald die Mantelmeister angeschlossen. Als nun auch die Arbeiterschaft nicht gewillt war, der Arbeitsschneiderei der Arbeitgeber anzuerkennen, sperrten diese auch die Bauarbeiter und Bauanarbeiter aus. Die Ausarbeiter haben an alle Organisationsmitglieder der betreffenden Vereine die Mahnung gerichtet, ihnen durch Fernhalten des Zutuges zu helfen. Die Mahnung, möglichst viele in die Arbeit in andere Arbeitsgebiete zu ernähren, hat sich besonders bewährt. Die Unterhaltungsstellen sind dadurch in die Lage gekommen, bedeutende Ersparnisse zu machen. Die Einwohner Bremerhavens haben ihren Stadtrat um Vermittelung ermahnt.

Die Wirtschaftserhebungen des Glaserverbandes über die Arbeitslosigkeit im Glasergewerbe zeigen auch für das 2. Quartal 1904 einen bedeutenden Umfang der Arbeitslosigkeit. Von den 3365 Mitgliedern waren 981 Mitglieder oder 29,4 vom Hundert von Arbeitslosigkeit betroffen worden. Gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1903 ist das eine ganz bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit, denn im 2. Quartal 1903 waren nur 233 Mitglieder oder 7,1 vom Hundert arbeitslos. Außer den Arbeitslosen am Orte sind noch 628 Arbeitslose auf der Reise gezählt worden. Für Unterstützung an die Arbeitslosen beider Kategorien wurden im zweiten Quartal dieses Jahres im ganzen 4216 Mark aufgebracht gegen 2496 Mark im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Kutischer der Wiener Lackfabrikbetriebe sind in den Ausland getreten.

Der Ausstand der Arbeiter der Erdwachs- und Birkolummarubenz in Boryslaw und Krosnow wurde durch Vergleich beendet.

Die ausgearbeiteten Kohlen-Afford-Schaerente-Samburgs schlugen mit 247 gegen 140 Stimmen den Beschluß, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 2. August 1904.

\* **Wichtig für Militärabnungspflichtige und deren Familien.** In jetziger Zeit werden wieder zahlreiche Mannschaften der Reserve und Landwehr zu kürzeren oder längeren militärischen Übungen eingezogen. Da der wirtschaftliche Schaden, welcher den Übungsabnungspflichtigen hieraus entsteht, zum Teil recht bedeutend ist, ja, nicht selten der Verlust der Stellung eintritt, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß ihre Angehörigen während der Übung auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten. Der Anspruch auf Unter-

stützung ist in Breslau im Magistrats-Bureau VIII, Malergasse 25, mündlich anzubringen und hierbei eine Bescheinigung des Bezirks-Kommandos vorzulegen, welche die Rechtmäßigkeit des Gesuches nachweist. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht binnen vier Wochen nach Beendigung der Übung geltend gemacht wird. Die Unterstützung ist leider sehr gering. Sie beträgt hier pro Tag für die Frau 30 Prozent des ortsblichen Tagelohnes von 2.40 Mk., also 80 Pf., für jedes Kind 10 Prozent, mithin 20 Pf., jedoch mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung 60 Prozent des ortsblichen Tagelohnes für erwachsene männliche Arbeiter (1.20 Mk. pro Tag) nicht übersteigen darf. Die Familien mit mehr als 3 Kindern sind danach besonders schlecht gestellt. Die Unterstützung gilt nicht als Almosen und kann nicht gepfändet werden.

\* **Christen unter sich!** Der Sprecher der Methodisten-Gemeinde in Haynan, Prediger Papmann aus Kegnitz, war wegen „Hausfriedensbruches“, nämlich widerrechtlicher Eindringens auf den evangelischen Friedhof zu Haynan und wegen unberechtigten Verweilens, trotz Verbotes, angeklagt. Dem Methodistenprediger war vom evangelischen Gemeindevorstand ein kirchliches Mittel eingeschrieben für immer die Vornahme von kirchlichen Handlungen, sowie das Halten von Grabreden untersagt worden. Trotzdem hatte V., der „P.“ zufolge, bei der Beerdigung eines Kindes eine liturgische Feier nach methodistischem Ritus veranstaltet und am Grabe eines der Methodisten-Gemeindeangehörigen Arbeiter eine Rede gehalten. Im letzten Falle hatte der Totengräber den Prediger im Auftrag des evangelischen Gemeindevorstandes aufgefordert, den Kirchhof zu verlassen. Dieser Meinung war V. aber nicht nachgekommen. Er erklärte vor dem Friedensgericht, daß er sich für berechtigt halte, auf dem evangelischen Friedhofe Beerdigungen nach methodistischem Gebrauch vorzunehmen, da jeder Christ ein Recht auf ein kirchliches Begräbnis habe. Er sei auch nur den Wünschen der Hinterbliebenen nachgekommen, und schließlich müsse man auch den Methodisten ein Recht auf den evangelischen Friedhof zubilligen, da für mit zu den Kirchenbauern der evangelischen Gemeinde beitragen. Das Gericht hielt jedoch das Vorgehen V.'s für strafbar. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Hausfriedensbruch nach § 123 des Strafgesetzbuches beangenehmt werden sei. Die Methodisten seien nur eine gebildete Religionsgesellschaft, sie hätten nicht die Vorzugsrechte der vom Staate anerkannten kirchlichen Religionsgemeinschaften. Das Urteil lautete auf 3 Mk. für jeden Straßfall, insgesamt also auf 6 Mk. Geldbuße. — Der Vorfall liegt auch nahe, wie notwendig die Förderung der Sozialdemokratie nach kommunalen Bedürfnissen ist, auf denen der Streit der religiösen Extremisten jeder Bestimmtheit zu schweigen hat. Derartige Beispiele christlicher Unbilligkeit gegenüber „gebildeter Religionsgesellschaften“ wären nicht möglich, wenn man ganz allgemein der Kirche als der Vereinigung von Lebenden das Eigentumsrecht an den Ruheplätzen der Toten fortnehmen würde.

\* **Das zoologische Institut** der hiesigen Universität hat bekanntlich an der Sternstraße ein neues Heim gefunden, das den Anforderungen an moderne Institutengebäude nach allen Seiten entspricht. Das Gebäude erhebt sich schmußlos und ansprechend auf dem Grundstück der ehemaligen Militärkaserne. Am Sonnabend hat die Eröffnungsfestung stattgefunden.

\* **Das Auratorium des Baronischen Kinderhauses** hat beschlossen, in die Anstalt nunmehr auch Mädchen aufzunehmen und zwar unter denselben Bedingungen, welche bezüglich der Aufnahme von Knaben vereinbart worden sind, also ebenfalls im Alter von noch nicht ganz zwei bis fünf Jahren. Die Anstalt steht zur Verfügung, nunmehr auch Mädchen (insbesondere von alleinstehenden Witwen oder unehelichen Müttern, welche für mehrere Kinder Almosen beziehen), ebenso Waisenkinder, für welche Kostgeld aus städtischen Mitteln bewilligt ist und bezahlt wird, nach erfolgter Zustimmung der Mütter bezw. Vormünder zur Aufnahme anzumelden.

\* **Ausstellung für Handwerk und Kaufwerke.** Am letzten Sonnabend sind in der Ausstellung 3865, am Sonntag 19,102 Besucher gezählt worden, wobei die Inhaber von Dauerkarten nicht mitgerechnet sind. Vor und in dem Einfamilienhause herrschte am Sonntag zeitweise ein solcher Andrang, daß manche Ausstellungsbesucher von der Beschichtigung des Hauses für diesmal Abstand nahmen und sie auf einen ruhigeren Tag verlagerten.

Der Ausstellungsvorstand bereitet nunmehr die Bildung des Preisgerichtes vor. Nach den hierfür geschaffenen Bestimmungen ist jeder Aussteller berechtigt, einen Fachmann als Preisrichter für seine Gruppe vorzuschlagen, worauf der Prämiierungsausschuß aus den vorgeschlagenen Herren das Preisrichterkollegium zusammenstellt. Den Ausstellern sind bereits entsprechende Rundschreiben mit den Formularen für die Preisrichter-Vorschläge ausgegangen.

\* **Grasbrände.** Am 31. v. Mts., Nachm., brannte eine etwa 100 qm große Grasfläche auf einer Wiese am Margareten-damm ab. Das Feuer wurde bald an der Weiterverbreitung verhindert. Am demselben Tage geriet am Eisenbahndamm hinter dem Korpsbesoldungsamt, anscheinend infolge Funkenauswurfs das Gras in Brand. Die Feuerwehr war fünfzig Minuten lang tätig.

\* **Angelegene Leiche.** Am 31. v. Mts. Vormittags wurde die Leiche eines Mannes aus dem Ungewandungs-kanal gezogen. Der Entsetzte war mit dunklem Jackettanzug, blauer Bluse, blaue gestreiftes Hemd, braunen Strümpfen und Halbschuhen bekleidet. Bei der Leiche, die schon längere im Wasser gelegen haben dürfte, wurden Papiere auf den Namen Arbeiter Gustav Kektor gefunden.

\* **Erhängte.** In der Nacht zum 31. v. Mts. entsetzte sich ein 21 Jahr alter Kumpen aus seiner Wohnung, Sabowassstraße 70, begab sich in den Hof und erhängte sich.

\* **Bermittelt** wird seit dem 27. v. Mts., das 30 Jahre alte Mädchen Anna Jakob, welches Lehndamm 1a gewohnt hat. Das Mädchen ist mit dunkelrotem Kopf, blauer Bluse, schwarzer Schürze, schwarzen Strümpfen und Knöpfchen bekleidet.

\* **Verriet** angeht wurde am 30. v. Mts. Abends auf dem Salvatorplatz ein zwei Jahre alter Knabe, der von dem Uffolinerstraße 10 wohnenden Haushälter Braun in vorläufige Pflege genommen wurde. Das Kind trägt ein rotes Kleid und gelben Hut. — Auf der Elbingerstraße wurde ein 2-3 Jahre alter Knabe verriet angetroffen und in der Wohnung des Arbeiters Schwarz, Wöhrnerstraße Nr. 2, untergebracht.

\* **Nasall.** Am 30. v. M. stürzte in dem Neubau Schan-hornstraße 27 ein Zimmermann von einem hohen Holzbalken und zog sich eine Fraktur an der Hand zu. Der Verunglückte wurde zur ersten Hilfeleistung in die Unfallstation auf der vohngewandungsstraße gefahren.

\* **Mißhandlung.** Am 30. v. M., Abends, rissen 5 junge Burschen aus dem Haus einer Gärtnerei am Gräbchen-Sabiger Verbindungsweg einen Hahl heranz. Ein Gärtnergehilfe erhob Einspruch, wurde aber von den Randalen derart mißhandelt, daß er Hilfe in einer Feuerwache nachsuchen mußte.

\* **Ueberrauscher Schuld.** Am 31. v. M., Nachm., wurde auf der Schwendumerstraße ein Fortierer durch eine Drochle über den Leib gefahren. Das Ei. . . . .

\* **Verkehrsunfall.** Am 30. v. M., brach auf der Sternstraße an einem mit Reitern beladenen Wagon das linke Hinterrad. Durch den auf den Schienen liegenden geliebten Wagon wurde der Verreiber der Eisenbahn über eine Stunde lang aufgehalten.

